

KOOPERATIONSVERBUND JUGENDSOZIALARBEIT



Schule ist eine Institution, die Lebenschancen verteilt

Helmut Schelsky

Bildung ist Bürgerrecht

Ralf Dahrendorf

Bildungsmonitor für die Jugendsozialarbeit

Nummer 2
Januar 2012

Herausgeber

Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit
Chausseestraße 128/129 • D-10115 Berlin
Tel. 030-288789-538 • Fax 030-288789-55

E-Mail: [Kooperationsverbund](mailto:Kooperationsverbund@kjs.de)

Fachlich verantwortliche Organisation: AWO

Autor: Prof. Dr. Gerhard Christe

Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (IAJ)

Gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Inhalt

	Editorial	3
1.	Bildungsberichterstattung und Bildungsmonitoring	4
1.1	Bildungsberichterstattung der Bundesländer	4
1.2	Bildungsserver der Bundesländer	10
1.3	Regionale und kommunale Bildungsberichte	12
1.4	Deutscher Lernatlas 2011	14
1.5	Integrierte Ausbildungsberichterstattung (iABE)	14
1.6	BIBB-Datenreport 2011	15
1.7	Bildungsfinanzbericht 2011	15
1.8	Literaturhinweise zur Bildungsberichterstattung	16
2.	Neuere bildungspolitische Entwicklungen in Bund und Bundesländern	18
2.1	Thüringen: Einführung der Gemeinschaftsschule und neues Schulgesetz	18
2.2	Abschaffung der Berufsschulpflicht in Thüringen	19
2.3	Berufsschulpflicht in den einzelnen Bundesländern	19
2.4	Allgemeine Schulpflicht und Teilzeitschulpflicht	20
2.5	Nachholen von Schulabschlüssen	20
2.6	Bildungspolitischer Kommentar	20
3.	Ergebnisse neuerer bildungspolitischer Studien	21
3.1	Studie zu Bildungserträgen in Europa in vergleichender Perspektive	21
3.2	Kulturelle Bildung	21
3.3	OECD-Studie zur Berufsbildung in Deutschland	21
3.4	Demografiebericht 2011	22
3.5	Sonderschulabgänger im Übergang von der Schule in den Beruf	22
3.6	Soziale Ungleichheiten in der schulischen und außerschulischen Bildung – Stand der Forschung und Forschungsbedarf	23
3.7	Drei Jahre nach dem „Bildungsgipfel“ – eine Bilanz	23
4.	Laufende bildungspolitische Studien	25
4.1	Übergänge im Jugendalter (<i>DJI</i>)	25
4.2	The ‚Discovery‘ of Youth’s Learning Potential Early in the Life Course (<i>WZB</i>)	25
4.3	Neue Wege in die Ausbildung: Übergangskarrieren (<i>WZB</i>)	26
4.4	Berufliche Bildung und Übergänge in den Arbeitsmarkt (<i>NEPS</i>)	27
4.5	Jugend und Armut (<i>ISS</i>)	28
5.	Neue Programme des Bundes und der Länder	30
5.1	Nordrhein-Westfalen: Neues Übergangssystem Schule und Beruf	30
5.2	Übersicht über Förderprogramme des Bundes am Übergang Schule – Beruf und deren Finanzierung	31
5.3	Neuerungen beim Programm „Kompetenzagenturen“	33
5.4	Neuerungen beim Programm „Schulverweigerung – Die 2. Chance“	34
6.	Zahlenspiegel	35
6.1	Jugendsurvey Baden-Württemberg	35
6.2	Statistiken zum Bildungswesen in Deutschland	35
6.3	Infobörse für Bildungsfragen	35
6.4	Datenreport 2011	35
6.5	Daten zur aktuellen Ausbildungsplatzsituation	36
7.	Aktuelle Stellungnahmen aus Politik und Verbänden	37
7.1	Kohärente Förderung am Übergang Schule-Beruf (<i>Kooperationsverbund</i>)	37
7.2	Qualitätsstandards für individuelle Begleitung am Übergang (<i>BAG ÖRT</i>)	37
7.3	Kommunales Übergangsmangement. Übergang Schule-Beruf (<i>Deutscher Verein</i>)	37
7.4	Reform des Übergangssystems (<i>Konrad-Adenauer-Stiftung</i>)	37
7.5	Inklusion Jetzt! - Berufsbildung im Zeichen des Fachkräftemangels (<i>BAG KJS</i>)	38
7.6	Ausbau der Schulsozialarbeit bei Bildungs- und Teilhabepaket (<i>Kooperationsverbund</i>)	38

Editorial

Die erste Ausgabe des neuen „Bildungsmonitors für die Jugendsozialarbeit“ (Oktober 2011) ist auf positive Resonanz gestoßen! Ihre Rückmeldungen haben uns gezeigt, dass er mit Interesse gelesen wird, einige Vorschläge konnten wir bereits in die nun vorliegende zweite Ausgabe mit aufnehmen, die nun die Entwicklungen bis Dezember 2011 nachzeichnet. Vielen Dank für Ihr Engagement!

Diese Ausgabe des Bildungsmonitors nutzen wir, um ausführlich auf die Bildungsberichterstattung der Bundesländer und – beispielhaft – einiger Regionen und Kommunen einzugehen. Im Bestreben der Bundesländer und Kommunen, ihren Bürger/inne/n einen vertieften Einblick in die Vielfalt der Bildungsangebote und Bildungsträger zu geben entsteht zurzeit ein spannendes Bild. Hier lohnt sich ein genaues Studium – auch für die Praktiker/-innen in der Kinder- und Jugendhilfe.

Prägend im zweiten Berichtszeitraum war der in der Öffentlichkeit viel zitierte „Deutsche Lernatlas 2011“, den die Bertelsmann Stiftung zum Jahresende vorgelegt hat. Mit seinem differenzierten Katalog an Indikatoren versucht er die weite Spannbreite der Lernmöglichkeiten abzubilden, um so die Quantität einer regionalen Bildungslandschaft zu erfassen. Der ebenfalls kurz vor Weihnachten erschienene Bildungsfinanzbericht 2011 verdeutlicht die Investitionen der öffentlichen und privaten Stellen in Deutschland, die die unterschiedlichsten Bildungsangebote ermöglichen.

Schwerpunkt in der Rubrik „Neuere bildungspolitische Entwicklungen in den Bundesländern“ ist das Land Thüringen, welches mit der Einführung der 12-jährigen Gemeinschaftsschule die Berufsschulpflicht abgeschafft hat. Diese bildungspolitische Entwicklung gilt es kritisch zu reflektieren.

In diesem Sinne sind wir zuversichtlich, dass sich in allen Rubriken für Sie brauchbare Hinweise und Anregungen finden, die auch für die Jugendsozialarbeit, die Kinder- und Jugendhilfe oder auch die Bildungsarbeit generell bedeutsam sind.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre und freuen uns auf Ihre Rückmeldungen.

Mit freundlichen Grüßen

Walter Würfel

Sprecher des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit

(1)**Bildungsberichterstattung und Bildungsmonitoring**

Die Bildungsberichterstattung in der Bundesrepublik Deutschland wird, wie schon seit längerem innerhalb der EU, immer vielfältiger. Ausgabe 1 des *Bildungsmonitors Jugendsozialarbeit* hat darauf bereits ausführlich hingewiesen und entsprechende Links dokumentiert. Die vorliegende Ausgabe 2 geht nunmehr ausführlicher auf die Länderebene und die kommunale Ebene ein, für die inzwischen auch zum Teil sehr differenzierte Bildungsberichte vorliegen. Die bislang wohl differenzierteste Übersicht über die Entwicklung im Bildungsbereich der Bundesrepublik Deutschland hat vor kurzem die Bertelsmann-Stiftung mit ihrem Deutschen Lernatlas vorgelegt. Dieser gibt erstmalig einen bis hinunter auf die lokale Ebene differenzierten Überblick über die unterschiedlichen Bildungsbedingungen in den verschiedenen Regionen Deutschlands.

Im Folgenden wird ein Überblick über die aktuelle Bildungsberichterstattung der einzelnen Bundesländer gegeben. Zudem wird auf einzelne lokale Bildungsberichte hingewiesen, die von überregionaler Bedeutung sind und der Deutsche Lernatlas der Bertelsmann-Stiftung vorgestellt. Abschließend wird noch einmal auf wichtige Aspekte der Bildungsberichterstattung durch das BIBB sowie auf den gerade neu erschienenen Bildungsfinanzbericht 2011 eingegangen, der die nationalen Bildungsberichte ergänzt.

1.1 Bildungsberichterstattung der Bundesländer

In Ausgabe 1 (Oktober 2011) des *Bildungsmonitors* wurde anhand einer kartographischen Übersicht gezeigt, welche Bundesländer Bildungsberichte veröffentlichen. Im Folgenden werden die einzelnen Bildungsberichte der inzwischen elf Bundesländer, die einen Bildungsbericht vorlegen oder dies in Kürze planen, vorgestellt.

Zur Übersicht über die Bildungsberichte der einzelnen Bundesländer siehe auch:

[http://www.bildungsserver.de/metasuche/qsuche.html?mtz=20&feldinhalt1=bildungsberichte&finden=finden&searchall=ja&datenbanken\[\]=dbs_seiten&bool1=AND&DBS=1&art=einfach](http://www.bildungsserver.de/metasuche/qsuche.html?mtz=20&feldinhalt1=bildungsberichte&finden=finden&searchall=ja&datenbanken[]=dbs_seiten&bool1=AND&DBS=1&art=einfach)

<http://www.bildungsserver.de/Uebergreifende-Informationen-21.html>

(01) Baden-Württemberg

Bildungsberichterstattung 2011. Herausgeber Landesinstitut für Schulentwicklung und Statistisches Landesamt Baden-Württemberg. Juli 2011. 429 Seiten

Der gemeinsam vom Landesinstitut für Schulentwicklung und dem Statistischen Landesamt herausgegebene zweite Bildungsbericht für Baden-Württemberg versucht, die gesamte Bandbreite der vorschulischen und schulischen Bildung datenbasiert abzubilden. Ein Schwerpunktthema des Bildungsberichts 2011 ist die duale berufliche Ausbildung. Ein weiteres Schwerpunktthema bildet die schulische Qualitätsentwicklung. Die ersten Ergebnisse der Evaluation an beruflichen und allgemein bildenden Schulen sowie Erkenntnisse aus den Vergleichsarbeiten werden aufbereitet und beschrieben.

Ergänzend zur Darstellung der Entwicklungen im vorschulischen Bereich sowie der allgemein bildenden und beruflichen Bildungsgänge nimmt der Bildungsbericht 2011 die Weiterbildung und die Jugendbildung in den Blick. Damit wird der Anspruch verfolgt, Bildung im Lebenslauf unter dem Aspekt des lebensbegleitenden Lernens und die Vielfalt außerschulischer und außerunterrichtlicher Lernorte für Jugendliche datengestützt darzustellen.

Da nicht für alle Teilbereiche valide Statistiken zur Verfügung stehen, kann der Anspruch der Bildungsberichterstattung, eine möglichst umfassende Gesamtschau der Bildungsprozesse in Baden-Württemberg auf der Grundlage evidenter Daten darzustellen, nur in Teilen realisiert werden. Die Beiträge des Bildungsberichts verstehen sich deshalb als Einstieg und als Impuls für eine Weiterentwicklung der Jugendbildungs- und Weiterbildungsstatistiken.

Der Bildungsbericht 2011 basiert auf den bildungspolitischen Rahmenbedingungen der 14. Legislaturperiode des Landtags. Er ist eine Bestandsaufnahme der Entwicklungen im baden-württembergischen Bildungswesen bis zum Jahr 2010. Die von der im März 2011 neu gewählten Landesregierung angekündigten strukturellen Veränderungen des Bildungswesens konnten keinen Eingang mehr in die Konzeption des im Juli 2011 veröffentlichten Berichts finden. Entsprechend orientiert sich sein Aufbau an der im Jahr 2010 vorliegenden Struktur der baden-württembergischen Bildungslandschaft. Die berichteten Daten, insbesondere die sich auf einzelne Schul- und Abschlussarten beziehenden Vorausrechnungen, sind deshalb unter dem Vorbehalt künftiger bildungspolitischer Weichenstellungen zu sehen.

Herunterzuladen unter:

www.bildungsberichterstattung-bw.de

(02) Bayern

Bildungsbericht Bayern 2009. Herausgeber: Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung. 2009. 227 Seiten

Ziel des Bayerischen Bildungsberichts ist es, anhand empirisch gesicherter Daten das bayerische Schulwesen in seinen zentralen Aspekten und Entwicklungsverläufen systematisch zu beschreiben und so datenbasiertes Wissen zu generieren, das für die Steuerung des Schulwesens genutzt werden kann. Der Bericht wurde im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus erstellt und wendet sich an die Schulaufsicht und -verwaltung, die Politik, die Wissenschaftler an Hochschulen und anderen Forschungseinrichtungen und die interessierte Öffentlichkeit. Wie schon im ersten Bericht aus dem Jahr 2006 wurde im nunmehr zweiten Bildungsbericht großer Wert auf eine regionalisierte Darstellung der Informationen gelegt. Inhaltlich gab es im Vergleich zu 2006 eine deutliche Ausweitung. So enthält der Bericht 2009 eine systematische Bestandsaufnahme des beruflichen Schulwesens und detailliertere Informationen zum Bereich der Förderschulen. Erstmals werden auch die Schnittstellen zwischen vorschulischem Bereich und Grundschule sowie zwischen Schule und Hochschule thematisiert.

Herunterzuladen unter:

<http://www.isb.bayern.de/isb/download.aspx?DownloadFileID=65e948bc60b12ee6d6afc71c18c5b16a>

(03 / 04) Berlin-Brandenburg

Bildung in Berlin und Brandenburg 2010. Ein indikatorengestützter Bericht zur Bildung im Lebenslauf. Autorengruppe Regionale Bildungsberichterstattung Berlin-Brandenburg im Auftrag der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung Berlin und des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport Brandenburg. 2010. 412 Seiten

Mit dem Bildungsbericht für Berlin und Brandenburg wird nach 2008 zum zweiten Mal eine Bestandsaufnahme zentraler Aspekte der Bildungssysteme beider Länder vorgelegt. Der Bildungsbericht wurde im Auftrag der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung Berlin und des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport Brandenburg von einer Autorengruppe des Amtes für Statistik Berlin- Brandenburg und des Instituts für Schulqualität der Länder Berlin und Brandenburg erstellt. Er ist orientiert an der Leitidee „Bildung im Lebenslauf“ und thematisiert Bildungsbereiche von der vorschulischen Bildung, Betreuung und Erziehung bis zur Hochschule und zur Weiterbildung. Der Bericht ist so konzipiert, dass er an den alle zwei Jahre erscheinenden Bericht „Bildung in Deutschland“, die jährlich erscheinenden Internationalen Bildungsindikatoren im Ländervergleich sowie an die internationale Berichterstattung der OECD anschlussfähig ist, zugleich aber die regionalen Aspekte in den Mittelpunkt stellt.

Der Bildungsbericht für Berlin und Brandenburg enthält eine problemorientierte Analyse der Bildungssituation in der Region. Er will kritische Entwicklungen im Bildungswesen für Politik und Öffentlichkeit erkennbar machen und möglichen Handlungsbedarf aufzeigen, ohne jedoch Wertungen vorzunehmen und politische Empfehlungen abzugeben.

Herunterzuladen unter:

<http://www.bildungsbericht-berlin-brandenburg.de/>

(05) Bremen

In Bremen gibt es bislang noch keinen Bildungsbericht. Dieser wurde zwar für den Herbst 2011 avisiert – „*ein erster Bremer Bildungsbericht soll im Herbst 2011 vorliegen*“ –, doch ist er bislang noch nicht erschienen.

Kern des Bremer Bildungsberichts soll ein überschaubarer Satz von Indikatoren sein, die für zentrale Aspekte der Bildungsqualität stehen. Diese Indikatoren erfassen und beschreiben – z.B. bezogen auf die Bereiche „Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung“, „Allgemein bildende Schulen“, „Berufliche Ausbildung“ – so genannte Kontext- und Inputbedingungen, aber auch wesentliche Prozesse und Ergebnisse. Grundlage sind jeweils statistische Kennzahlen/Daten oder Evaluations- und Forschungsergebnisse, die in Zeitreihe vorliegen. Das im Aufbau befindliche „Schulinformationssystem“ liefert wichtige Voraussetzungen für die künftige Bildungsberichterstattung in Bremen.

Der Bildungsbericht soll eine verlässliche Basis für Zieldiskussionen und politische Entscheidungen liefern, weitere vertiefende Analysen anregen und für Transparenz im Bildungsgeschehen sorgen.

Weitere Informationen unter:

<http://www.bildung.bremen.de/sixcms/detail.php?qsid=bremen117.c.22800.de>

(06) Hamburg

Bildungsbericht Hamburg 2011. Herausgeber: Behörde für Schule und Berufsbildung Institut für Bildungsmonitoring. Hamburg, September 2011. 372 Seiten

Mit dem Hamburger Bildungsbericht 2011, an dessen Erstellung die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI), die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB), die Behörde für Wissenschaft und Forschung (BWF) und das Statistikamt Nord beteiligt waren, legt das Institut für Bildungsmonitoring zum zweiten Mal eine Bestandsaufnahme des Hamburger Bildungswesens vor. Der Bericht orientiert sich in seiner Anlage wie schon der erste Hamburger Bildungsbericht von 2009 an der nationalen Bildungsberichterstattung. Von der frühkindlichen Bildung über Schul- und Berufsbildung bis hin zur Hochschul- und Weiterbildung wird ein Überblick über Bedingungen, Strukturen und Ergebnisse von Bildung in Hamburg gegeben. Der zweite Hamburger Bildungsbericht setzt die 2009 begonnene Berichterstattung fort, enthält aber auch neue Themenbereiche und Indikatoren.

Anders als im ersten Bildungsbericht werden im zweiten Bildungsbericht auch jene Aufgaben für die Schul- und Bildungspolitik dargestellt, die sich aus Sicht der Autoren aus den Daten ergeben. Auch wenn die Datenlage nicht immer lückenlos ist, soll der zweite Hamburger Bildungsbericht Grundlage sein für Entscheidungen über die künftige Schulpolitik. Der Hamburger Bildungsbericht richtet sich an alle Akteure des Bildungswesens in Politik, Verwaltung und Praxis sowie an die bildungspolitisch interessierte Öffentlichkeit.

Herunterzuladen unter:

<http://www.bildungsmonitoring.hamburg.de/index.php/article/detail/1572?PHPSESSID=6be05af8edd7cf729471a6df797b090c>

(07) Hessen

Auch das Bundesland Hessen hat noch keinen eigenen Bildungsbericht. Dagegen gibt es bei zahlreichen Kommunen (Städte und Kreise) eigene Bildungsberichte. Eine Übersicht hierzu findet sich beim Deutschen Bildungsserver. Hier können auch die Bildungsberichte der einzelnen Kommunen heruntergeladen werden.

Herunterzuladen unter:

<http://www.bildungsserver.de/Bildungsberichte-fuer-Hessen-7374.html>

(08) Mecklenburg-Vorpommern

Erster Bildungsbericht Mecklenburg-Vorpommern 2011. Herausgeber Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin. 2011. 146 Seiten

Der erste Bildungsbericht für Mecklenburg-Vorpommern gibt einen Überblick über die Entwicklung der allgemein bildenden Schulen sowie die frühkindliche und berufliche Bildung. Im Einzelnen geht er ein auf das Ausmaß des demografischen Wandels und daraus resultierende Anforderungen, die Vermittlung von frühkindlichen Bildungsangeboten, Unterrichtsanforderungen und die Entwicklung der Schulqualität, Rahmenbedingungen für die individuelle Förderung, die Selbstständige Schule als neues Schulkonzept sowie die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte.

Der Bericht repräsentiert im Wesentlichen die Analysen des Ministeriums; veröffentlichte Daten Dritter wurden einbezogen. Die Zahlen geben überwiegend den Stand bis 2010 an. Der Bildungsbericht Mecklenburg-Vorpommern richtet sich an alle an der Bildungsentwicklung Beteiligten und Interessierten.

Herunterzuladen unter:

[http://www.regierung-mv.de/cms2/Regierungsportal_prod/Regierungsportal/de/bm/Aktuelles/Blickpunkte/Erster Bildungsbericht fuer Mecklenburg-Vorpommern/index.jsp](http://www.regierung-mv.de/cms2/Regierungsportal_prod/Regierungsportal/de/bm/Aktuelles/Blickpunkte/Erster_Bildungsbericht_fuer_Mecklenburg-Vorpommern/index.jsp)

(09) Niedersachsen

In Niedersachsen gibt es bislang noch keinen Bildungsbericht auf Landesebene, jedoch regionale Berichte. Siehe dazu weiter unten in Kap. 1.2 mehr.

(10) Nordrhein-Westfalen

1. Schule in Nordrhein-Westfalen. Bildungsbericht 2009. Herausgeber: Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen. 2009. 152 Seiten

Das Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen hat erstmals 2009 einen Bildungsbericht vorgelegt. Dieser Bericht stellt die zentralen Aktivitäten der Schulpolitik vor und zieht eine Bilanz zum Stand der Bildung in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2009. Der Bildungsbericht beschreibt die grundlegenden Strategien und Ziele der Bildungspolitik seit Einführung des Schulgesetzes von 2006 und liefert die zugehörigen Eckdaten. Zudem enthält der Bericht ergänzende detaillierte Statistiken.

Herunterzuladen unter:

<http://www.schulministerium.nrw.de/BP/Presse/Materialien/bildungsbericht.pdf>

2. Bildungsbericht Ganztagschule NRW 2011. Herausgeber: Institut für soziale Arbeit Münster. Juni 2011. 61 Seiten

Um den Prozess der Umsetzung und der Qualitätsentwicklung in den Ganztagschulen in NRW zu unterstützen, stellt die Bildungsberichterstattung Ganztagschule NRW (BiGa NRW) handlungs- und steuerungsrelevante Informationen bereit. Hierzu werden kontinuierlich Basisinformationen, Entwicklungstrends und zentrale Veränderungs- und Weiterentwicklungsbedarfe erfasst und in den Jahren 2010 bis 2014 in einem jährlichen Bildungsbericht veröffentlicht. In Abgrenzung zum nationalen Bildungsbericht, der zweijährig im Auftrag der KMK und des BMBF erscheint, greift die BiGa NRW nicht auf amtliches Datenmaterial zurück, sondern führt eigene empirische Erhebungen in den Ganztagschulen in NRW durch. Darüber hinaus konzentriert sie sich ausschließlich auf das Themenfeld der Ganztagschulen und knüpft an gegenwärtige Entwicklungsthemen aus Wissenschaft, Politik und Praxis in NRW an.

Die BiGa NRW wird durch einen wissenschaftlichen Kooperationsverbund, bestehend aus dem Institut für soziale Arbeit e.V. Münster und dem Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut e.V./Technische Universität Dortmund, durchgeführt. Für die qualitative Weiterentwicklung des Forschungsprojektes wird der wissenschaftliche Kooperationsverbund von einem Gremium beraten, dem Experten aus Wissenschaft, Politik und Praxis angehören. Darüber hinaus erfolgt eine enge Zusammenarbeit mit der Serviceagentur „Ganztägig lernen in Nordrhein-Westfalen“. Durch die Kooperation werden die Ergebnisse der BiGa NRW über Veranstaltungen und den jährlichen Bildungsbericht in die Öffentlichkeit transferiert sowie eine Rückkopplung der gewonnenen Ergebnisse in die Konzipierung von bedarfsgerechten Fort- und Weiterbildungen gewährleistet.

Herunterzuladen unter:

http://www.bildungsbericht-ganztag.de/cms/front_content.php?idcat=37&lang=1

3. NRW Bildungsreport

Der Landesbetrieb „Information und Technik Nordrhein-Westfalen“ (ehemals Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik und Gemeinsame Gebietsrechenzentren Hagen, Köln und Münster) veröffentlicht seit 2006 jährlich den Bildungsreport NRW. In diesem Bericht werden Informationen und Statistiken zu den Bereichen Bildung, Schule und Migration dargestellt. Ziel des Berichts ist es, die Entwicklungen im Bereich Bildung vom Kindergarten über die Schule bis hin zu Hochschule und Weiterbildung in NRW sichtbar und somit auch gestaltbarer zu machen.

Herunterzuladen unter:

<http://www.it.nrw.de/statistik/d/veroeffentlichungen/index.html#Analysen>

(11) Rheinland-Pfalz

Bildung in Rheinland-Pfalz. Bildungschancen: Beteiligungsformen und Verlaufsmuster. Vorstudie zu einem Bildungsbericht Rheinland-Pfalz. Universität Trier. Autoren: Michael-Sebastian Honig, Tanja Betz & Norbert Schreiber unter Mitarbeit von Christian Haag. Dezember 2007. 108 Seiten

Auch in Rheinland-Pfalz gibt es bislang noch keinen Bildungsbericht, sondern lediglich eine Vorstudie dazu, die von Autoren der Universität Trier im Auftrag des Ministeriums für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz erstellt worden ist. Diese Vorstudie untersucht, in welchem Maße eine länderspezifische Bildungsberichterstattung einen ungleichheitstheoretischen Ansatz realisieren kann, der formale, non-formale und informelle Bildungsgelegenheiten in einer Lebensverlaufsperspektive konzeptionell verknüpft und durch ein umfassendes Indikatorentableau empirisch erschließt.

Herunterzuladen unter:

http://www.uni-trier.de/fileadmin/fb1/prof/PAD/SP2/Arbeitspapiere/Arbeitspapier_II_-_22.pdf

(12) Saarland

Im Saarland gibt es bislang noch keinen Bildungsbericht auf Landesebene.

(13) Sachsen

1. Schule in Sachsen. Bildungsbericht 2008. Herausgeber: Sächsisches Bildungsinstitut. 2008. 208 Seiten

2. Aktualisierte Daten zu „Schule in Sachsen - Bildungsbericht 2008“. Herausgeber: Sächsisches Bildungsinstitut. Stand: August 2010. 146 Seiten

Der erste sächsische Bildungsbericht „Schule in Sachsen“ versteht sich als erster Schritt zu einer regelmäßig angelegten Berichterstattung. Er ist begrenzt auf die allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen. Die frühkindliche Erziehung und Bildung, die Hochschulen sowie die Weiterbildung und das Lernen im Erwachsenenalter werden nicht berücksichtigt.

Nach einem Überblick über das sächsische Schulsystem und seine Rahmenbedingungen wird auf wichtige Prozesse an Schulen eingegangen, die in den vergangenen Jahren im Fokus des schulischen und schulaufsichtlichen Handelns standen („Lehren und Lernen“ und „Individuelle Förderung“). Darüber hinaus werden die in den vergangenen Jahren erreichten Ergebnisse des sächsischen Schulsystems (Wissen und Kompetenzen, Schulerfolg) dargestellt.

Der Bericht ist fokussiert auf die einzelnen Regionen des Freistaates Sachsen (z.B. Schulaufsichtsbereiche, Landkreise und Kreisfreie Städte). Außerdem werden zusätzliche, nur auf Landesebene vorhandene Daten, die über die national vorhandene Datenbasis hinausgehen und die Besonderheiten des sächsischen Schulsystems berücksichtigen (z.B. Prüfungsergebnisse, Prozessdaten der externen Evaluation), ausgewertet.

Da sich die Daten des ersten sächsischen Bildungsberichts („Schule in Sachsen“) auf das Referenzschuljahr 2007/2008 bzw. bei den Ergebnissen schulischer Arbeit auf das Schuljahr 2006/2007 beziehen, wurde 2010 eine Ergänzung vorgenommen und als PDF-Dokument mit aktuellen Daten für die meisten Tabellen und Abbildungen des gedruckten

Bildungsberichts zur Verfügung gestellt. Struktur, Layout und Anordnung der aktualisierten Tabellen und Abbildungen entsprechen denen im Bildungsbericht 2008.

Der Bildungsbericht will zur Sicherung und Entwicklung der Qualität des sächsischen Schulsystems beitragen. Er versteht sich als eine Dienstleistung für weitere Analysen und Bewertungen sowie als Grundlage für die Entscheidung über weitere Maßnahmen.

Der Bildungsbericht 2008 ist herunterzuladen unter:

<http://www.sachsen-macht-schule.de/schule/2708.htm>

Die 2010 erfolgten Ergänzungen sind herunterzuladen unter:

<http://www.sachsen-macht-schule.de/schule/10964.htm>

(14) Sachsen-Anhalt

Bildungsbericht 2010 Sachsen-Anhalt. Herausgeber: Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt. Unter Mitwirkung von Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung (LISA), Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt und Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt. 2010. 164 Seiten

Der Bildungsbericht stellt das Schulwesen von Sachsen-Anhalt in seinen zentralen Aspekten und Entwicklungsverläufen dar. Er beruht auf Daten des Statistischen Landesamtes, des Kultusministeriums, des Landesinstituts für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen-Anhalt sowie weiterer Quellen. Die Daten beziehen sich überwiegend auf das Schuljahr 2008/09 (Referenzjahr).

Der Bericht hat drei Schwerpunkte: (a) Rahmenbedingungen des Schulsystems und der einzelnen Schulformen (Struktur des Bildungswesens); (b) Lehr- und Lernbedingungen an den allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen; (c) zentrale Ergebnisse schulischer Arbeit einschließlich Daten zu Schullaufbahn und Schulerfolg der Schüler.

Der Bericht will allen an schulischer Bildung Beteiligten und der interessierten Öffentlichkeit einen auf quantitativen und qualitativen Aussagen beruhenden Einblick in das Schulwesen geben. Zudem will er wichtiges Steuerungswissen für die Schulverwaltung und die Schulaufsicht bereitstellen und wichtige Impulse für die Qualitätsentwicklung der Schulen geben. Er versteht sich als ein zentrales Element zur systematischen Bildungsbeobachtung (Bildungsmonitoring).

Herunterzuladen unter:

<http://www.mk-bereich.sachsen-anhalt.de/presse/publikationen/2010/bildungsbericht2010.pdf>

(15) Schleswig-Holstein

Bildungsbericht Schleswig-Holstein 2008 (Schule, Bildung). Herausgeber: Ministerium für Bildung und Frauen. Kiel. Juni 2009. 212 Seiten

Mit ihrem dritten Bildungsbericht setzt die Landesregierung Schleswig-Holsteins ihre regelmäßige Berichterstattung über wesentliche Ergebnisse, Maßnahmen und Daten zum Stand des Bildungssystems fort. Der Berichtszeitraum umfasst die Schuljahre 2006/07 und 2007/08. Zielsetzung des Bildungsberichts ist es, die Öffentlichkeit über den Stand des Bildungssystems regelmäßig zu informieren, wesentliche Entwicklungen im zeitlichen Verlauf zu beschreiben und Steuerungswissen für Bildungspolitik, Bildungsverwaltung, Bildungspraxis und Schulöffentlichkeit bereitzustellen. Die inhaltliche Struktur folgt den in der nationalen und internationalen Berichterstattung verwendeten Dimensionen Kontext-, Prozess- und Wirkungsqualitäten.

Der Bericht stellt die Situation vorschulischer und schulischer Bildung in Schleswig-Holstein in den Vordergrund, zugleich orientiert er sich an den zentralen Bildungsbereichen der nationalen Bildungsberichte.

Herunterzuladen unter:

<http://www.schleswig-holstein.de/Bildung/DE/Service/Broschueren/Bildung/Bildungsbericht2008.html>

(16) Thüringen

Auch in Thüringen Saarland gibt es bislang noch keinen Bildungsbericht.

1.2 Bildungsserver der Bundesländer

Neben den internationalen und nationalen Bildungsberichten sowie den Landesbildungsberichten gibt es auch regionale und kommunale Schul- und Bildungsberichte, die für die Jugendsozialarbeit interessant sein können. In der Regel werden hier unter Rückgriff auf die amtliche Statistik regionale und lokale Entwicklungen dokumentiert. Diese Bildungsberichte finden sich in der Regel auf den Bildungsservern der einzelnen Bundesländer, zentral sind sie aber auch beim Deutschen Bildungsserver zu finden.

Nähere Informationen hierzu unter:

<http://www.bildungsserver.de/Landesbildungsserver-450.html>

Im Folgenden wird eine Übersicht gegeben über die Bildungsserver der einzelnen Bundesländer. Hier können weitere bildungsrelevante Informationen abgerufen werden.

(01) Baden-Württemberg

Der Landesbildungsserver Baden-Württemberg ist die Standard-Plattform des Landes im Umfeld Schule. Er wird vom Landesinstitut für Schulentwicklung (LS) im Auftrag und in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport betrieben und weiterentwickelt. Zielgruppen sind Lehrer, aber auch alle anderen am schulischen Leben Beteiligte und Interessierte. Hauptziel ist, Lehrer aller Fächer und aller Schularten zur Integration moderner digitaler Medien in den Unterricht zu motivieren und dabei zu unterstützen. Zahlreiche Beispiele, Anregungen und Anleitungen sowie viele ausgesuchte und kommentierte Links stehen zu diesem Zweck zur Verfügung.

<http://www.schule-bw.de/aktuelles/>

(02) Bayern

Der Bayerische Schulserver versteht sich als Verbund von Angeboten einzelner Institute und Organisationen. Wesentliche Informationen sind in der zentralen Datenbank b@sis gespeichert. Die Suchmaschine erfasst speziell die Server dieser Einrichtungen. Die Datenbank enthält Verweise zu Quellen im Internet, an denen wertvolle Informationen und Materialien für den Unterricht abrufbar sind. Eine Abfrage kann nach Schlüsselworten erfolgen und bei Bedarf auf Fächer und Schularten eingegrenzt werden.

<http://www.isb.bayern.de/isb/index.aspx>

(03 / 04) Berlin-Brandenburg

Der neue Bildungsserver ist eine Informations-, Kommunikations- und Kooperationsplattform für schulische und außerschulische Bildungseinrichtungen in Berlin und im Land Brandenburg. Das Angebot richtet sich an Pädagogen, Schüler, Eltern sowie weitere Partner der Schulen und Bildungseinrichtungen. Das neue pädagogische Portal der beiden Länder wurde vom Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM) im Auftrag der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung Berlin sowie des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg konzeptionell entwickelt und wird dort redaktionell und technisch betreut

<http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/>

(05) Bremen

Der Bildungsserver des Landes Bremen wurde im Auftrag des Senators für Bildung und Wissenschaft der Freien Hansestadt Bremen entwickelt; er wird betrieben vom Landesinstitut für Schule und bietet Informationen zu den Themen Curricula, Europa, Kunst & Kultur, Medien, Schulbegleitforschung, Sprachen, Umwelt & Entwicklung, Unterrichtsmaterial, Unterrichtsprojekte und Wissen.

<http://www.bildung.bremen.de/sixcms/detail.php?qsid=bremen02.c.734.de>

(06) Hamburg

Der Hamburger Bildungsserver (HBS) ist der offizielle Landesbildungsserver der Freien und Hansestadt Hamburg. Der HBS unterstützt aktiv die Unterrichtsarbeit der Lehrer aller Schulformen. In Hamburg ist der HBS die zentrale pädagogische Plattform des Bildungssektors, über die andere pädagogische Angebote und Internetauftritte erschlossen werden. Institutionell wird der HBS im Rahmen des Internetangebots der Freien und Hanse-

stadt Hamburg von der Behörde für Schule und Berufsbildung betrieben. Das Angebot umfasst die Rubriken Fächer, Themen, Schule, Berufliche Bildung und Service.

<http://bildungsserver.hamburg.de/>

(07) Hessen

Verantwortlich für den Hessischen Bildungsserver ist das Amt für Lehrerbildung (AfL). Es gibt Angebote für Eltern, Lehrer, Referendare, Schüler, Schulleiter und Partner von Schulen. Man findet Informationen zu den Bereichen: Institutionen; Schulformen und Schulstufen; Lernen und Unterricht; Schule als System, Lehrerbildung; Medien, Computer, Netze und Kommunikation.

<http://dms.bildung.hessen.de/>

(08) Mecklenburg-Vorpommern

Herausgeber des Bildungsservers ist das Landesinstitut für Schule und Ausbildung Mecklenburg-Vorpommern(L.I.S.A.). Das Online-Angebot umfasst aktuelle Informationen, Gesetze, Erlasse und Diskussionspapiere, Informationen zu Unterricht und Unterrichtsentwicklung, Fort- und Weiterbildungsangebote für Lehrer, Internet-Projekte von Schulen, Diskussionen und Meinungen sowie Informationen über Initiativen des Landes für Schule und Unterricht. Im Archiv des Bildungsservers findet man Texte für die Schule, die Prüfungsaufgaben der letzten Jahre (teilweise mit Lösungsvorschlägen), vorbereitete Unterrichtsentwürfe, Veröffentlichungen aus dem Landesinstitut, Handreichungen und WWW-Adressen.

<http://www.bildung-mv.de/de>

(09) Niedersachsen

Der Niedersächsischen Bildungsserver (NiBiS) ist das Bildungsportal des Landes Niedersachsen. Zum Angebot gehören aktuelle Informationen über Themen der niedersächsischen Bildungslandschaft, Veranstaltungen und Wettbewerbe, ein Fernlern-Forum, Materialien und Unterrichtsbeispiele aus verschiedenen Fächern. Das Computer-Centrum des NiLS unterstützt die niedersächsischen Schulen bei der Behandlung und dem Einsatz der Informations- und Kommunikationstechniken im Unterricht.

<http://www.nibis.de/>

(10) Nordrhein-Westfalen

Die neue learn:line NRW bietet eine zentrale Suche für qualitative Bildungsinhalte. Ein Datenpool von zurzeit ca. 14.000 Bildungsmedien ermöglicht über eine differenzierte Suche das Auffinden gewünschter Materialien für den Unterricht. Sowohl die Umsetzung als auch die Weiterentwicklung der neuen learn:line NRW findet in Kooperation von d-NRW und der kommunalen Rechenzentren mit SODIS (FWU) statt.

http://www.learnline.schulministerium.nrw.de/app/suche_learnline/

(11) Rheinland-Pfalz

Der rheinland-pfälzische Bildungsserver wird vom Pädagogischen Landesinstitut Rheinland-Pfalz herausgegeben. Das Institut ist dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur nachgeordnet. Der Bildungsserver bietet Informationen für Lehrer, Schüler, Eltern und alle Bürger des Landes. Die Themenfelder sind unter anderem: Qualitätsmanagement, Fort- und Weiterbildung, Unterricht, Lehrpläne, Beratung, Projekte, Schulen, Studienseminare, Materialien sowie Pädagogisch-Psychologische Einrichtungen und aktuelle Themen.

<http://bildung-rp.de/schularten.html>

(12) Saarland

Verantwortlich für den Bildungsserver des Saarlandes ist das Ministerium für Bildung, Familie, Frauen und Kultur. Das Online-Angebot beinhaltet Pressemitteilungen und aktuelle Meldungen des Ministeriums, Veranstaltungstermine, Ansprechpartner sowie Informationen zu Bildungswegen, Schulrecht und Lehrplänen.

<http://www.saarland.de/bildungsserver.htm>

(13) Sachsen

Der Bildungsserver des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus ist ein Gemeinschaftsprojekt mit der Technischen Universität Dresden. Zum Online-Angebot gehören Informationen und Publikationen des Kultusministeriums, ein Überblick über das sächsische Schulsystem, der Lehrertreff mit Fortbildungsangeboten und Materialien für den Unterricht, die Datenbank Bildungseinrichtungen in Sachsen sowie Schulporträts sächsischer Gymnasien und Mittelschulen.

<http://www3.sn.schule.de/>

(14) Sachsen-Anhalt

Der Landesbildungsserver Sachsen-Anhalt versteht sich als offizielle Plattform des Landes Sachsen-Anhalt für bildungsbezogene Information, Kommunikation, Kooperation und Präsentation. Er wird im Auftrag des Kultusministeriums vom Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen-Anhalt (LISA) betrieben. Es werden u.a. Materialien für den Unterricht bereitgestellt, aktuelle Informationen aus dem Bildungsbereich verbreitet, Diskussionsforen auf Landesebene ermöglicht sowie Modellversuche und Schulentwicklungsprojekte vorgestellt.

<http://www.bildung-lsa.de/>

(15) Schleswig-Holstein

Das Bildungsportal ist die Informations- und Kommunikationsplattform für Bildungsinteressierte in Schleswig-Holstein. Es bildet die Themen von der frühkindlichen Bildung über das Schulsystem, den Stellenmarkt Schule, die politischen Schwerpunkte und die Weiterbildung ab. Das Angebot ist untergliedert in: Information, Serviceangebote wie Schul- und Kita-Suche oder Schulrecht von A bis Z sowie Termine und eine zielgruppengerechte Aufbereitung von Themen für Lehrkräfte, Schüler und Eltern.

http://www.schleswig-holstein.de/Bildung/DE/Bildung_node.html

(16) Thüringen

Das Thüringer Schulportal ist die Arbeitsplattform für alle, die an der Ausgestaltung der Bildungs- und Erziehungsarbeit in Thüringen aktiv mitwirken. Schwerpunkte des Online-Angebotes liegen in der Unterstützung der Schulen mit einem modernen Informations- und Kommunikationsmedium (SCHULPORTRÄT), in der aktuellen Darstellung von Neuigkeiten aus der Bildungslandschaft Thüringen (PORTAL) und in der Bereitstellung von vielfältigen Unterrichtsmaterialien für Lehrer (MEDIOTHEK). Verantwortlich für den Inhalt des Internetangebotes sind das Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur und das Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien

<http://www.thueringen.de/de/tmbwk/>

1.3 Regionale und kommunale Bildungsberichte

In mehreren Bundesländern gibt es auch regionale und kommunale Bildungsberichte, die einen Überblick über das Bildungsgeschehen auf regionaler und lokaler Ebene geben. Diese Bildungsberichte können, sofern sie auf dem Deutschen Bildungsserver eingestellt sind, dort heruntergeladen werden. Derzeit sind solche Bildungsberichte in Baden-Württemberg, Bayern und Nordrhein-Westfalen beim Deutschen Bildungsserver eingestellt.

Siehe dazu die folgenden Links.

<http://www.bildungsserver.de/Bildungsberichte-fuer-Baden-Wuerttemberg-7364.html>

<http://www.bildungsserver.de/Bildungsberichte-fuer-Nordrhein-Westfalen-7375.html>

<http://www.bildungsserver.de/Bildungsberichte-fuer-Bayern-7372.html>

Im Folgenden sind exemplarisch einige regionale bzw. kommunale Bildungsberichte aus verschiedenen Bundesländern aufgeführt, die zum Teil über den Deutschen Bildungsserver, zum Teil aber auch direkt bei den jeweiligen Landkreisen und Städten zugänglich sind.

Bildungsregion Emsland - Regionaler Bildungsbericht 2008

2008 entstand im Emsland auf Grundlage eines theoretischen Konzeptes des Deutschen Institutes für Internationale Pädagogische Forschung einer der ersten regionalen Bildungsberichte für einen Landkreis in Deutschland. Die Webseite bietet eine Kurzzusammenfassung der Ergebnisse.

<http://www.bildungsregion-emsland.de/>

Bildung im Ostalbkreis 2011

Bildung im Ostalbkreis 2011 besteht aus sieben Kapiteln, die sich mit den Bildungsinstitutionen des Kreises beschäftigen. Die Analyse übernimmt mit ihrer Gliederung und den erhobenen Indikatoren ausgewählte Strukturen der Bundesbildungsberichte und des Landesbildungsberichts Baden-Württemberg, deren Konzeption einer biografischen Perspektive lebenslangen Lernens folgt und einen Zeitraum umreißt, der von der frühen Kindheit bis ins Erwachsenenalter reicht. Dabei werden folgende zentrale Kapitel erschlossen: Rahmenbedingungen und Grundinformationen (Kap. A), Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung (Kap. B), Allgemein bildende Schulen (Kap. C), Berufliche Bildung (Kap. D), Hochschulen (Kap. E), Weiterbildung (Kap. F) und Non-formale und informelle Lernwelten (Kap. G). Um zudem einen differenzierteren Blick in die Bildungslandschaft des Ostalbkreises zu erhalten, wurden darüber hinaus sechs Auswahlgemeinden genauer betrachtet.

<http://www.ostalbkreis.de/sixcms/detail.php?topnav=38&sub1=165&sub2=118270&sub3=119265&id=143294>

Zweiter Bildungsbericht der Stadt Freiburg im Breisgau 2010

Kern des ersten Freiburger Bildungsberichts waren sechs Indikatoren. Aus einer Reihe von möglichen Indikatoren in kommunaler Bildungsverantwortung wurden die folgenden aufbereitet und dargestellt: 1. Qualität frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung, 2. Übergänge in die Schule, 3. Übergänge und Wechsel im Schulwesen, 4. Wiederholer und Abbrecher, 5. Schulabschlüsse und 6. Qualität schulischer Arbeit. Soweit dies auf der Grundlage der vorhandenen Daten möglich war, wurden bei der Darstellung der Indikatoren stets Differenzierungen nach Geschlecht und Migrationshintergrund vorgenommen. Neu am zweiten Freiburger Bildungsbericht ist, dass zwei Indikatoren zur beruflichen Bildung aufgenommen wurden: (a) „Übergänge in die berufliche Bildung“ und „Berufliche Schulen“ und außerdem (b) erstmals ein Indikator zur sonderpädagogischen Förderung im Schulalter dargestellt wurde. Neu ist auch (c), dass im Bericht 2010 in jedem der im Bericht 2008 dargestellten Indikatoren neben der Weiterführung dargestellter Informationen in Zeitreihen zugleich auf neue, interessante Aspekte aufmerksam gemacht wird.

http://www.freiburg.de/servlet/PB/menu/1144174_11/index.html

Bildung in Nürnberg 2011. Erster Bildungsbericht der Stadt Nürnberg

Der Nürnberger Bildungsbericht gliedert sich in einzelne Fachkapitel und orientiert sich am indikatorengestützten Bundesbildungsbericht „Bildung in Deutschland“. Nach der Betrachtung der Rahmenbedingungen und der Kernindikatoren in den Kapiteln A und B folgen die weiteren Kapitel des Nürnberger Bildungsberichts dem Verlauf der Bildungsbio-graphie von der frühkindlichen Bildung über die allgemeinbildenden Schulen und non-formalen Lernwelten im Schulalter bis zur beruflichen Bildung. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf Indikatoren, die das Thema Bildungsgerechtigkeit berühren.

<http://www.lernenvorort.nuernberg.de/index.php>

Bildungsbericht 2011 der Stadt Essen

Ziel des Essener Bildungsberichts ist es, das Bildungsgeschehen und die Bildungswege von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der Stadt Essen anhand von ausgewählten Indikatoren abzubilden. Damit soll zunächst für Essen die Frage beantwortet werden, ob und in welchem Maß der allgemein behauptete Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg besteht, um dann identifizieren zu können, wo die Stell-schrauben für eine erfolgreiche Intervention sind. Zunächst wird die demographische Entwicklung skizziert, die den Rahmen für jede weitere Entwicklung in Essen setzt. Diesen Rahmen weiter ausfüllend werden unterschiedliche soziale Indikatoren dargestellt. Im Folgenden werden drei Bildungsbereiche vorgestellt: (a) die frühkindliche Bildung, (b) die Bildung in der Primarstufe und (c) die Bildung in den weiterführenden Schulen sowie

jeweils die Übergänge dazwischen. Es werden jeweils Daten zur Ausstattung, zur Bildungsbeteiligung und zum Bildungserfolg aufbereitet, entsprechend einem Input-Prozess-Output-Modell.

http://essen.de/de/Kultur_und_Bildung/bildungsbuero/bildungsbuero_1.html

1.4 Deutscher Lernatlas 2011

Der von der Bertelsmann-Stiftung im November 2011 herausgegebene Deutsche Lernatlas versucht anhand zahlreicher Indikatoren die Bedingungen für lebenslanges Lernen in allen 412 Kreisen und kreisfreien Städten Deutschlands sowie den einzelnen Bundesländern sichtbar und vergleichbar zu machen. Er versucht, sämtliche Phasen, Formen und Orte des Lernens in den Blick zu nehmen und miteinander in Beziehung zu setzen. Dabei bezieht er auch das formale, non-formale und informelle Lernen gleichermaßen mit ein.

Seinem eigenen Selbstverständnis zufolge ist dieser Lernatlas der erste Schritt in Richtung eines Monitorings des lebenslangen Lernens, der Bürgern und Entscheidungsträgern einen Blick auf ihre regionale Bildungslandschaft ermöglichen soll.

Mittels interaktiver Online-Karten, detaillierter Lernprofile und verschiedener Diagramme bildet er die Entwicklungsbedingungen ab, die die Menschen in allen Lebensphasen und -bereichen in ihrer Region vorfinden. Dabei orientiert er sich an dem Vier-Säulen-Modell der Bildung, das von einer UNESCO-Kommission unter der Leitung von Jacques Delors entwickelt wurde. Die Lern(um)welt, in der sich jeder Mensch bewegt, wird in vier Lerndimensionen unterteilt: Schulisches Lernen, Berufliches Lernen, Soziales Lernen und Persönliches Lernen. Zusammengefasst werden sie in einem Gesamtindex. In jeder der vier Lerndimensionen fließen 8 bis 10 Kennzahlen zusammen, die mit den Ursachen und Auswirkungen von Lernprozessen in diesem Bereich in Verbindung gebracht werden können.

Die Autoren betonen allerdings, dass aufgrund mangelnder Transparenz und Datenverfügbarkeit dem Lernatlas auch Grenzen gesetzt sind. Es können nur diejenigen Lernindikatoren genutzt und dargestellt werden, die bundesweit für nahezu alle Regionen verfügbar sind. Manche Aspekte des Lernens und der Qualifikationsentwicklung, für die Daten bislang gar nicht oder nur in einzelnen Kommunen erhoben werden, konnten deshalb nicht berücksichtigt werden; der Lernatlas soll daher mit neuen und verlässlicheren Datensätzen weiterentwickelt werden.

Der Deutsche Lernatlas erhebt nicht den Anspruch, ein Steuerungsinstrument für Bildungsplanung und -management zu sein und eine kommunale Bildungsberichterstattung zu ersetzen. Vielmehr will er den Anstoß geben, sich näher und umfassender mit dem Bildungsgeschehen vor Ort zu beschäftigen.

Alle weiteren Informationen zum Deutschen Lernatlas sowie regionale Lernprofile für alle Kreise und kreisfreien Städte sind auf der interaktiven Website verfügbar:

<http://www.deutscher-lernatlas.de/>

1.5 Integrierte Ausbildungsberichterstattung (iABE)

Bereits in Ausgabe 1 des *Bildungsmonitors Jugendsozialarbeit* vom Oktober 2011 wurde in Kapitel 4.2 (laufende bildungspolitische Studien) auf die Integrierte Ausbildungsberichterstattung (iABE) hingewiesen, bei der es sich nicht, wie irrtümlich berichtet, um eine bildungspolitische Studie, sondern um eine spezifische Form der Bildungsberichterstattung handelt.

Die iABE führt die Daten der amtlichen Statistik für alle jungen Menschen (Grundgesamtheit) in einer nach Sektoren aufgeteilten Struktur und differenziert nach Bundesländern und Bildungsgängen zusammen. Sie unterscheidet dabei jeweils nach den Merkmalen Geschlecht, Nationalität, höchster Schulabschluss und Alter.

Die iABE ermöglicht einen Überblick über alle Ausbildungs- und Qualifizierungsformen, die für junge Menschen nach dem Verlassen der allgemein bildenden Schule zur Verfügung stehen. Aktuelle Daten zur dualen Ausbildung wie zu vollqualifizierenden Bildungsgängen an beruflichen Schulen, zum Übergangsbereich sowie zu weiteren Qualifizierungswegen werden in einen gemeinsamen Rahmen gestellt. So kann der Verbleib eines Altersjahrgangs vollständig erfasst werden.

Grundlage für ein solches Indikatorensystem der beruflichen Ausbildung sind vollständige und vergleichbare Datensätze. Eine Kernaufgabe besteht darin, den Sachstand der Länderdaten aufzugreifen und im Hinblick auf die Datenlage, den Datenzugang, die Vergleichbarkeit sowie die zeitliche Verfügbarkeit der Daten zu prüfen.

Weitere Informationen:

<http://www.bibb.de/de/wlk52970.htm>

Zu den Indikatoren der iABE siehe:

<http://indikatorik.bibb.de/de/54573.htm>

1.6 BIBB-Datenreport 2011

Einen umfassenden Überblick über Daten zur Entwicklung auf dem Ausbildungsstellenmarkt, zum Übergang Jugendlicher nach Beendigung der allgemein bildenden Schule und zu ihrem Verbleib geben die Daten des BIBB zu „Ausbildung und Ausbildungsmarkt“ sowie der jährlich erscheinende Datenreport zum Berufsbildungsbericht, den das Bundesinstitut für Berufsbildung herausgibt. Er enthält zudem eine Gesamtübersicht über die Bundes- und Länderprogramme – soweit von den Ländern mitgeteilt.

Herunterzuladen unter:

Daten zu Ausbildung & Ausbildungsmarkt: <http://www.bibb.de/de/57513.htm>

Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2011: http://datenreport.bibb.de/Datenreport_2011.pdf

Internetversion des Datenreports: <http://datenreport.bibb.de/html/dr2011.html>

Berufsbildungsbericht 2011: http://www.bmbf.de/pub/bbb_2011.pdf

1.7 Bildungsfinanzbericht 2011

BILDUNGSFINANZBERICHT 2011 Im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Dezember 2011.

Der im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland jährlich veröffentlichte Bildungsfinanzbericht ist Teil der Bildungsberichterstattung, die kontinuierlich datengestützte Informationen über Rahmenbedingungen, Input, Verläufe, Ergebnisse und Wirkungen von Bildungsprozessen bereitstellt. Er gibt einen nach einzelnen Bildungsbeirichen und Bundesländern differenzierten Überblick über die öffentlichen und privaten Bildungsausgaben in Deutschland.

Der gerade erschienene Bildungsfinanzbericht 2011 zeigt, dass die öffentlichen Bildungsausgaben in Deutschland in den vergangenen Jahren insgesamt deutlich gestiegen sind. Dies gilt insbesondere für den Hochschulbereich, in den anderen Bildungsbereichen ist die Entwicklung zum Teil sehr unterschiedlich verlaufen.

Im internationalen Vergleich, der sich auf die Ausgaben für formale Bildungseinrichtungen (Kindergärten, Schulen, berufliche Ausbildung, Hochschulen) bezieht, ist der Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland aber noch immer deutlich niedriger als in anderen OECD-Staaten. So wurden der internationalen Vergleichsrechnung zufolge (OECD) in Deutschland 2008 4,8% des BIP für öffentliche und private Bildungseinrichtungen verwendet; gemessen an der Wirtschaftskraft waren die Ausgaben in Deutschland damit deutlich niedriger als im OECD-Durchschnitt (5,9%). Während im Vergleich zu 1995 andere vergleichbare OECD-Staaten ihre Bildungsausgaben in Relation zum BIP zum Teil kräftig gesteigert haben, ging der BIP-Anteil in Deutschland von 5,1% auf 4,8% zurück. Dies trifft aber auch für andere Industriestaaten wie Österreich, Frankreich oder Spanien zu. Dagegen haben beispielsweise Dänemark, Schweden, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten die Ausgaben für Bildungseinrichtungen im Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistung gesteigert.

Inwiefern der Bildungsfinanzbericht 2011 damit das wachsende Engagement des Bundes im Bildungsbereich belegen kann und die Bildungsausgaben in Deutschland „als gutes Zeichen für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und klares Signal im Kampf gegen Bildungsarmut und Fachkräftemangel“ (Annette Schavan, BMBF-Pressemitteilung 156/2011 vom 1.12.2011) zu werten seien, ist damit nicht nachvollziehbar.

Der Bildungsfinanzbericht 2011 kann heruntergeladen werden unter:

http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Fachveroeffentlichungen/BildungForschungKultur/BildungKulturFinanzen/Bildungsfinanzbericht_1023206117004_property=file.pdf

1.8 Literaturhinweise zur Bildungsberichterstattung

Im Folgenden werden Hinweise auf Forschungsberichte und Studien gegeben, die im Zusammenhang mit der Bildungsberichterstattung von Bedeutung sind.

Haude, Christin: Bildung für alle Kinder? Statuslose Kinder in Deutschland und ihr Menschenrecht auf Bildung. Hamburg: Diplomica Verlag (2011), 127 S. ISBN: 978-3-8366-9725-5

Mit der Frage nach der Verwirklichung des Menschenrechts auf Bildung bei statuslosen Kindern wird in diesem Buch die Umsetzung des Teilhaberechts zur öffentlichen Schulbildung auf der rechtlichen und diskursiven Ebene sowie auf der Handlungsebene betrachtet. Neben der Darstellung der Hindernisse beim Besuch von öffentlichen Schulen, der innerstaatlichen Umsetzung des Rechts auf Bildung im Grundgesetz und in den Landesverfassungen sowie Landesschulgesetzen wird das wünschenswerte Handeln bezüglich der von Deutschland unterzeichneten völkerrechtlichen Konventionen und weitere Forderungen angeführt. Weiterhin werden die Fragestellungen erörtert, ob sich ein Recht auf Beschulung aus einer völkerrechtlichen Norm ableiten lässt und inwiefern Ausgangssituationen wirkungsvolles Handeln zur Umsetzung des Rechts auf Bildung von statuslosen Kindern (unter menschenrechtlichen Gesichtspunkten) erschweren bzw. erleichtern. Die von der Bundesrepublik Deutschland ratifizierten völkerrechtlichen Abkommen formulieren einen rechtlichen Rahmen und verpflichten desgleichen zu einer Bemühung der Umsetzung. Diese Bemühungspflichten werden im vorliegenden Buch verstärkt mit den zwei Themenbereichen Vorbehaltserklärung zur Kinderrechtskonvention sowie Übermittlungspflicht kontrastiert."

Döbert, Hans: Regionale Bildungsberichterstattung in Deutschland. Konzept, Ziele und Anforderungen. In: Recht der Jugend und des Bildungswesens, 58 (2010) 2, S. 158-175.

Internationale Schulleistungsstudien wie TIMSS, IGLU/PIRLS und PISA haben nicht nur Defizite der Bildungsentwicklung in Deutschland offenkundig gemacht, sondern vor allem der deutschen Schulpolitik, Schulpraxis und auch der Bildungsforschung entscheidende Impulse für eine Vielzahl an Aktivitäten gegeben, die mehr oder weniger alle das Ziel haben, die Qualität der pädagogischen Arbeit zu verbessern. Vielerorts wurden und werden Maßnahmen ergriffen, die Qualität von Bildungseinrichtungen zu verbessern. Zentrale Abschlussprüfungen, Bildungsstandards, Vergleichsarbeiten, interne und externe Evaluationen oder Schulinspektionen sind längst nicht nur gängige Begriffe, sondern werden in den Bildungseinrichtungen zunehmend mit Leben gefüllt. Mit allen diesen Maßnahmen ist die Erwartung verbunden, Stärken und Schwächen bisheriger Entwicklungen in Bildungseinrichtungen zu verdeutlichen, Hinweise auf Handlungsbedarfe zu bekommen und Ansatzpunkte für die zielgerichtete weitere Verbesserung der Bildungsqualität zu erhalten. Das Ensemble dieser Maßnahmen ist neuerdings auch durch regelmäßige Bildungsberichte erweitert worden. Der folgende Beitrag stellt den Nutzen von regionalen Bildungsberichten dar, nimmt ihre Einordnung in das Gesamtsystem des Bildungsmonitorings vor und skizziert Anforderungen an einen regionalen Bildungsbericht.

Rürup, Matthias; Fuchs, Hans-Werner; Weishaupt, Horst: Bildungsberichterstattung - Bildungsmonitoring. Aus: Altrichter, Herbert (Hrsg.); Maag Merki, Katharina (Hrsg.): Handbuch neue Steuerung im Schulsystem. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwissenschaften (2010) S. 377-401.

Ziel des Beitrags ist, das Instrument der Bildungsberichte als Kernelement von Bildungsberichterstattung/Bildungsmonitoring vorzustellen und vorhandene empirische Befunde zu ihrer Wirksamkeit zusammenzutragen. In Kapitel 1 erörtern die Autoren zentrale Merkmale von Bildungsberichten und stellen verschiedene Funktionen bzw. Erwartungen heraus, an denen sich ihre Wirksamkeit erweisen muss. In Kapitel 2 geben sie eine Übersicht über vorliegende Befunde zur Wirksamkeit von Bildungsberichten, um dann im dritten Kapitel die Argumentation theoretisch zu öffnen. Die Autoren verweisen auf den Ansatz der sozialwissenschaftlichen Verwendungsforschung als konzeptionellen Zugang für weiterführende Untersuchungen. Abgeschlossen wird der Beitrag durch eine Zusammenfassung wichtiger Aussagen und eine Skizze der Forschungsbedarfe zur Bildungsberichterstattung in ausgewählten Feldern (Kap. 4).

Döbert, Hans; Klieme, Eckhard: Indikatorengestützte Bildungsberichterstattung. Aus: Tippelt, Rudolf (Hrsg.); Schmidt, Bernhard (Hrsg.): Handbuch Bildungsforschung. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwissenschaften (2010) S. 317-336.

Das derzeit breit diskutierte neue output-orientierte Steuerungsmodell legt den Schluss nahe, dass Bildungssysteme „steuerbar“ sind. In welchem Maße das möglich ist, welche Rolle einerseits einer indikatorengestützten Bildungsberichterstattung dabei zukommt und welche wissenschaftlich-theoretischen Anforderungen andererseits an eine steuerungsrelevante indikatorengestützte Bildungsberichterstattung zu stellen sind, ist bisher weder aus theoretischer noch methodologischer oder empirischer Perspektive hinreichend geklärt. Der Beitrag geht diesen Fragen nach, indem er die theoretisch-konzeptionellen Grundlagen der Bildungsberichterstattung beschreibt, das zugrunde gelegte Indikatorenverständnis und die Notwendigkeiten expliziter Indikatorenforschung diskutiert sowie Möglichkeiten und Grenzen der Bildungsberichterstattung für Steuerung benennt.

(2)

Neuere bildungspolitische Entwicklungen in den Bundesländern

In der Betrachtung aktueller bildungspolitischer Entwicklungen in den Bundesländern steht im Folgenden Thüringen im Mittelpunkt. Hier wurde im Zusammenhang mit der Einführung der 12jährigen Gemeinschaftsschule die Berufsschulpflicht abgeschafft und damit eine bildungspolitische Entwicklung eingeleitet, die es kritisch zu reflektieren gilt. In diesem Zusammenhang wird zunächst das neue Schulgesetz von Thüringen vorgestellt. Dann wird eine Übersicht gegeben über die Berufsschulpflicht in den einzelnen Bundesländern und über Bestimmungen zur allgemein bildenden Schulpflicht und zur Teilzeitschulpflicht sowie zu Möglichkeiten zum Nachholen von Schulabschlüssen.

2.1 Thüringen: Einführung der Gemeinschaftsschule und neues Schulgesetz

Ab dem Schuljahr 2011/12 ergänzt die Gemeinschaftsschule als gleichberechtigte Schulart das bestehende Schulangebot in Thüringen. Mit der Novellierung des Thüringer Schulgesetzes ist verbunden, dass die Kinder nicht mehr bereits nach der 4. Klasse getrennt werden. Nach Auffassung des Thüringer Bildungsministers Matschie führt dies vor allem für Schüler aus „sozial schwächeren Verhältnissen“ zu mehr Chancen. Das neue Schulgesetz soll dazu beitragen, dass die Qualität der Schulen insgesamt steigt und kein Schüler die Schule mehr ohne Abschluss verlässt. Mit dem neuen Schulgesetz vom 20. Dezember 2010 soll die individuelle Förderung jedes Schülers noch mehr im Mittelpunkt des Lehrens und Lernens stehen. Die Novellierung des Schulgesetzes gilt als *ein* bildungspolitischer Eckpfeiler der Thüringer Bildungspolitik.

Im Einzelnen ist Folgendes neu im Thüringer Schulgesetz:

1. **Längeres gemeinsames Lernen** durch die Gemeinschaftsschule ab dem Schuljahr 2011/12. An der Pilotphase im aktuellen Schuljahr beteiligen sich bisher neun „Gemeinschaftsschulen im Aufbau“. Die Kriterien der Gemeinschaftsschule sind:
 - Die Kinder werden nicht mehr bereits nach der 4. Klasse in verschiedene Schullaufbahnen getrennt. Das längere gemeinsame Lernen ermöglicht es Schülern und Eltern, die Entscheidung für den angestrebten Abschluss nicht vor der Klassenstufe 8 treffen zu müssen.
 - Die Gemeinschaftsschule umfasst grundsätzlich die Klassenstufen 1 bis 12.
 - Die Gemeinschaftsschule bietet das gesamte Spektrum an allgemeinbildenden Schulabschlüssen. Aufgrund einer eigenen gymnasialen Oberstufe oder der Kooperation mit einem Gymnasium kann das Abitur innerhalb von 12 Jahren erworben werden. Je nach gewünschtem Abschluss und Leistungsstand des Schülers erfolgt ab der 9. Klasse das abschlussbezogene Lernen hin zum Hauptschulabschluss, Realschulabschluss oder zum Abitur.
 - Die Gemeinschaftsschule schreibt individuelle Förderung groß. Sie setzt an den Bedingungen vor Ort an und bringt moderne pädagogische Konzepte in den Schulalltag. Damit wird eine neue Schulkultur geschaffen. Mit ganztägigen Angeboten werden die Interessen und Begabungen der Schüler weiter entwickelt.
 - Die Gemeinschaftsschule kann auch als relativ kleine Schule bestehen und gleichzeitig eine breite Angebots- und damit auch Abschlussvielfalt sichern.
 - Mit der Einführung der Gemeinschaftsschule wird eine gleichberechtigte Schulart neben den anderen bereits existierenden Schularten geschaffen, welche auch das Angebot der Schularten Grundschule und Regelschule abdecken kann. Doppelstrukturen müssen also nicht errichtet werden.
 - Die Entscheidung über die Einrichtung einer Gemeinschaftsschule wird vor Ort in einem Dialog zwischen den Eltern, den Schülern, den Lehrkräften einer Schule sowie dem Schulträger (Landkreis, Gemeinde, Stadt) getroffen. Gemeinsam muss ein pädagogisches Konzept, in dessen Mittelpunkt die individuelle Förderung steht, entwickelt werden.
2. **Individuelle Abschlussphase/Vollzeitschulpflicht 10 Jahre.** Durch die Verankerung einer „individuellen Abschlussphase“ soll der Unterricht zunehmend individualisiert und praxisorientiert gestaltet werden. Praktisch können Schüler die Klassenstufe 9 des auf den Hauptschulabschluss bezogenen Teils der Regelschule in einem oder in zwei Schuljahren absolvieren. Gleichzeitig wird mit dem neuen Schulgesetz die Vollzeitschulpflicht von 10 Jahren (bisher 9 Jahre) festgeschrieben.

ben. Ausnahme: Ein Schüler kann die Schule nach 9 Jahren verlassen und die Berufsschule besuchen, wenn er den Hauptschulabschluss hat und einen Ausbildungsvertrag nachweisen kann.

3. **Qualitätssiegel „Oberschule“.** Im Rahmen einer Weiterentwicklung der Regelschule wird das Qualitätssiegel „Oberschule“ in das Schulgesetz aufgenommen. Ziel ist es, dass kein Schüler die Schule ohne Abschluss verlässt. Dabei werden Regelschüler intensiv auf den Eintritt in das berufsbildende System vorbereitet.
4. **Individuelle Förderung gesetzlich verankert.** Der Anspruch auf individuelle Förderung wurde im neuen Schulgesetz verankert. Demnach sind die Schulen im Rahmen ihres Bildungs- und Erziehungsauftrags zur individuellen Förderung jedes Schülers verpflichtet. Zur individuellen Förderung gehören je nach Leistungsvermögen unterschiedliche Aufgabenstellungen und individuelle Leistungserwartungen.
5. **Ganztagsbetreuung in Klassen 5 und 6.** Die Möglichkeit eines ganztägigen Angebots zur Bildung, Erziehung und Betreuung wird in allen Schularten für die Klassenstufen 5 und 6 vorgesehen. Damit erhalten Schüler die Möglichkeit, ihren Begabungen und Interessen noch zielgerichteter nachzugehen.
6. **Schulnetzplanung für Berufsschulen.** Zur Unterstützung der kommunalen Träger bei der Schulnetzplanung für die Berufsschulen kann das TMBWK die Einzugsbereiche für Berufsschulen festlegen, um eine effektive Schulnetzplanung sicherzustellen. Das Land wird jedoch erst aktiv, wenn die von den kommunalen Schulträgern vorgelegte Schulnetzplanung nicht mit den Vorgaben für eine zweckmäßige Schulorganisation übereinstimmt.
7. **Erwerb des schulischen Teils der Fachhochschulreife in der gymnasialen Oberstufe.** Bisher war der Erwerb der Fachhochschulreife nur im berufsbildenden Bereich möglich. Künftig kann der schulische Teil der Fachhochschulreife auch am Gymnasium, an der Thüringer Gemeinschaftsschule, an der Gesamtschule, am beruflichen Gymnasium und am Kolleg erworben werden.
8. **Schülerbeförderung.** Mit den Regelungen zur Schülerbeförderung wird die Teilnahme am gemeinsamen Unterricht sichergestellt. Außerdem wird die Gemeinschaftsschule in das bestehende Schülerbeförderungssystem integriert.

Näheres siehe unter:

http://thueringen.de/de/tmbwk/aktuell/allgemeines/neues_schulgesetz/content.html

2.2 Abschaffung der Berufsschulpflicht in Thüringen

Im Zusammenhang mit der Novellierung des Thüringer Schulgesetzes (ThürSchulG) wurde die Berufsschulpflicht abgeschafft (vgl. §21 a&b ThürSchulG vom 20.12.2010). Dies kann dazu führen, dass die Frage der Verantwortung für die berufsschulische Versorgung nach Beendigung der allgemeinbildenden Schulpflicht nicht mehr gewährleistet ist. Zudem besteht dadurch die Gefahr, dass dem „Wildwuchs“ im Übergangssystem an der ersten Schwelle weiter Vorschub geleistet wird und der Einfluss wirtschaftlicher Interesse auf die Ausbildung Jugendlicher weiter zunimmt. Die Folgen der Abschaffung der Berufsschulpflicht sind daher sehr genau im Auge zu behalten.

Näheres siehe unter:

<http://www.thueringen.de/de/tmbwk/bildung/schulwesen/gesetze/schulgesetz/>

http://www.thueringen.de/imperia/md/content/tmbwk/bildung/schulwesen/gesetze/th_ringer_schulgesetz_gesamt.pdf

2.3 Berufsschulpflicht in den einzelnen Bundesländern

Interessanterweise gibt es eine Präsentation des Berufsbildungswerks der Deutschen Versicherungswirtschaft (BWW) e.V. mit einem Vergleich der Regelungen zur Berufsschulpflicht in den einzelnen Bundesländern und den dazugehörigen Befreiungsregeln. Die Übersicht fußt auf den jeweiligen Bestimmungen, die die KMK in einer eigenen Übersicht zusammengestellt hat.

Herunterzuladen sowie Näheres unter:

[http://www.azubi-](http://www.azubi-welt.de/fileadmin/user_upload/downloads/presentationen/Berufsschulpflicht_Deutschland.pdf)

[welt.de/fileadmin/user_upload/downloads/presentationen/Berufsschulpflicht_Deutschland.pdf](http://www.azubi-welt.de/fileadmin/user_upload/downloads/presentationen/Berufsschulpflicht_Deutschland.pdf)

<http://www.kmk.org/dokumentation/rechtsvorschriften-und-lehrplaene-der-laender/uebersicht-schulgesetze.html>

2.4 Allgemeine Schulpflicht und Teilzeitschulpflicht

Nach Darstellung der Kultusministerkonferenz (KMK) untergliedert sich die Schulpflicht in Deutschland in eine Vollzeitschulpflicht (allgemeine Schulpflicht) und eine Teilzeitschulpflicht (Berufsschulpflicht).

Die allgemeine Schulpflicht beginnt für alle Kinder in der Regel im Jahr der Vollendung des sechsten Lebensjahres und beträgt zumeist neun Vollzeitschuljahre (in Berlin, Brandenburg und Bremen zehn Vollzeitschuljahre, in Nordrhein-Westfalen am Gymnasium neun und an anderen weiterführenden allgemeinbildenden Schulen zehn Vollzeitschuljahre).

Nach Erfüllung der allgemeinen Schulpflicht unterliegen diejenigen Jugendlichen, die im Sekundarbereich II keine allgemeinbildende oder berufliche Schule in Vollzeitform besuchen, der Teilzeitschulpflicht (Berufsschulpflicht). Diese umfasst in der Regel drei Teilzeitschuljahre, wobei sie sich nach der Dauer des Ausbildungsverhältnisses in einem anerkannten Ausbildungsberuf richtet.

Generell beinhaltet die Schulpflicht die regelmäßige Teilnahme am Unterricht und an den sonstigen verpflichtenden Schulveranstaltungen. Verantwortlich für die Erfüllung sind sowohl der Schüler und seine Eltern als auch im Rahmen der Berufsschulpflicht der Ausbildungsbetrieb.

Die Schulpflicht gilt ebenso für behinderte Kinder und Jugendliche.

Näheres siehe unter:

<http://www.kmk.org/bildung-schule/allgemeine-bildung/schulpflicht.html>

<http://www.kmk.org/bildung-schule/berufliche-bildung.html>

Überblick über schulische Bildung in Deutschland:

<http://www.kmk.org/bildung-schule.html>

2.5 Nachholen von Schulabschlüssen

Über die verschiedenen Möglichkeiten, Schulabschlüsse nachzuholen, hält der Deutsche Bildungsserver vielfältige Informationen bereit. In knapper Form werden dort die in Deutschland möglichen Schulabschlüsse mit ihren Voraussetzungen und Berechtigungen vorgestellt und darüber informiert, welche Abschlüsse auch *nach* Abschluss der ersten Schullaufbahn nachgeholt werden können.

Nähere Informationen hierzu beim Deutschen Bildungsserver unter:

<http://www.bildungsserver.de/db/mlesen.html?Id=44438>

Weitere Informationen hierzu gibt es auch bei der Bundesagentur für Arbeit unter:

http://www.arbeitsagentur.de/nn_442790/Navigation/zentral/Veroeffentlichungen/Themenhefte-durchstarten/Weiter-durch-Bildung/Bildungswege/Nachholen-von-Schulabschluessen/Nachholen-von-Schulabschluessen-Nav.html

sowie unter:

http://www.arbeitsagentur.de/nn_27814/Navigation/zentral/Veroeffentlichungen/Themenhefte-durchstarten/Themenhefte-durchstarten-Nav.html

2.6 Bildungspolitischer Kommentar

In der Interviewreihe „Bildung und Begabung – Treibhäuser der Gesellschaft“ des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft hat Eckhard Klieme vom Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) ein Interview zur aktuellen Bildungspolitik gegeben. Das gesamte Interview steht als Video beim Deutschen Bildungsserver zur Verfügung. Außerdem findet sich dort eine Zusammenstellung der wichtigsten Aussagen.

Klieme kritisiert insbesondere die Kurzatmigkeit der Bildungspolitik und dass relativ viel Zeit nach der Schule vergeht, ohne wirklich die Jugendlichen produktiv voranzubringen. An dieser Schwelle, so eine zentrale Aussage von ihm, entsteht ganz viel an sozialen Unterschieden.

Das ganze Interview findet sich als neunminütiges Video unter:

<http://blog.bildungsserver.de/?p=1471>

(3)**Ergebnisse neuer bildungspolitischer Studien****3.1 Studie zu Bildungserträgen in Europa in vergleichender Perspektive**

Mendolicchio, Concetta /Rhein Thomas: The gender gap of returns on education across West European countries. IAB-Discussion Paper 20/2011

Die beiden Autoren des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) untersuchen die Bildungserträge in Europa in vergleichender Perspektive. Dazu schätzen sie die relevanten Parameter für Männer und Frauen und führen einige Variablen für staatliche Leistungen bei Eltern- oder Erziehungsurlaub und für Kinderbetreuung ein. Daneben untersuchen sie den Einfluss der Bildung auf das Lohnprofil. Zudem schätzen sie die Elastizitäten der Bildungserträge im Hinblick auf Änderungen der Arbeitslosenunterstützung, der marginalen und durchschnittlichen Steuersätze und Leistungen bei Mutterschaft und für Kinderbetreuung.

Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass Bildung eine wichtige Determinante für das individuelle Einkommen ist, wobei die privaten Erträge von Bildung für Frauen in allen untersuchten Ländern höher sind als für Männer. Dies gilt allerdings nicht für Deutschland, die Niederlande und Schweden.

Das Abstract sowie der gesamte Text können heruntergeladen werden unter:

<http://www.iab.de/183/section.aspx/Publikation/k111011n04>

Quelle: IAB-Newsletter Nr. 17/2011 vom 10.11.2011

3.2 Kulturelle Bildung

Ein auf dem Server der Bundeszentrale für Politische Bildung eingestelltes Dossier zum Thema *Kulturelle Bildung: Kunst in der kulturellen Bildung* widmet sich der kulturellen Bildung in ihren zahlreichen Facetten. Es beschäftigt sich in verschiedenen Beiträgen mit der Frage: Was ist das Besondere am Arbeitsfeld Bildende Kunst und an der Kunstvermittlung im Gesamtzusammenhang der kulturellen Bildung? Wo gibt es Berührungspunkte zur politischen Bildung?

Die verschiedenen Beiträge zeigen, dass Kunst und Politische Bildung sich gegenseitig bereichern können. Belegt wird dies durch die Dokumentation einer Tagung, auf der Vertreter aus Kunst und Politik, Wissenschaft und Pädagogik Gemeinsamkeiten und Potenziale ausgelotet und Handlungsstrategien für die Zukunft entworfen haben.

Zudem wird gezeigt, dass Kulturelle Bildung neue Lernkulturen schafft und unser Leben innerhalb und außerhalb der Schulen nachhaltig beeinflusst.

Näheres zu diesem Dossier unter:

<http://www.bpb.de/themen/MNI13I>

3.3 OECD-Studie zur Berufsbildung in Deutschland

Hoeckel, Kathrin/Schwartz, Robert: Lernen für die Arbeitswelt. OECD-Studien zur Berufsbildung. Länder-Studie Deutschland. OECD September 2010

Diese Untersuchung zur Berufsbildung in Deutschland ist Teil der OECD-Studie zur Berufsbildungspolitik „Lernen für die Arbeitswelt“, die sich aus Analysearbeiten und einzelnen Länderberichten zusammensetzt. Diese sollen den Ländern helfen, ihre Berufsbildungssysteme stärker auf die Arbeitsmarkterfordernisse abzustimmen. Der Bericht über Deutschland erörtert die wichtigsten Herausforderungen, vor denen das deutsche Berufsbildungssystem steht und enthält einen Katalog von fünf Empfehlungen für die Politik mit konkreten Vorschlägen zu ihrer Umsetzung.

Herunterzuladen unter:

<http://www.oecd.org/dataoecd/46/6/45924455.pdf>

3.4 Demografiebericht 2011

Bundesministerium des Innern. Demografiebericht 2011 der Bundesregierung zur demografischen Lage und künftigen Entwicklung des Landes. Berlin Oktober 2011, 252 Seiten

In ihrem Demografiebericht beschreibt die Bundesregierung die bereits eingetretene und die absehbare demografische Entwicklung in Deutschland und analysiert die Auswirkungen des Wandels auf die einzelnen Politikbereiche. Zudem werden die von der Bundesregierung bislang ergriffenen Maßnahmen zur Gestaltung des demografischen Wandels systematisch dargestellt und der weitere Handlungsbedarf identifiziert.

Ein 18seitiges Kapitel ist speziell dem Thema Bildung gewidmet. Diese ist der Bundesregierung zufolge als ein System zu sehen, das fast alle Lebensphasen und Bereiche der individuellen und gemeinschaftlichen Entfaltung der Menschen beeinflusst. Demnach verändert Bildung die Menschen, und gebildete Menschen verändern ihr Lebensumfeld und die Entwicklung der Gesellschaft. Bildung wird hier in erster Linie unter ökonomischem Aspekt gesehen; aus Sicht der Bundesregierung ist für Deutschland als einem rohstoffarmen Land Bildung die entscheidende Quelle für Wachstum und Wohlstand. Von einer Verbesserung des Bildungsniveaus der Bevölkerung könnten bedeutende Wachstumseffekte ausgehen, da ein höheres Bildungsniveau zu einer Steigerung der Arbeitsproduktivität und zu einer höheren Erwerbsquote führe und damit positive Effekte auf das Produktionspotenzial habe.

Mit diesem Bericht will die Bundesregierung nach ihren eigenen Worten zu einer Diskussion des demografischen Wandels mit den Ländern und Kommunen, der Wissenschaft und der interessierten Öffentlichkeit beitragen. Zugleich soll der Bericht als Grundlage für die Demografiestrategie der Bundesregierung dienen, die im Jahr 2012 verabschiedet wird.

Herunterzuladen unter:

http://www.bagkjs.de/media/raw/demografiebericht_2011.pdf

3.5 Sonderschulabgänger im Übergang von der Schule in den Beruf. Diskursive und biographische Konstruktionen von Lernbehinderung

Das von Lisa Pfahl am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) durchgeführte Projekt mit dem Titel „Sonderschulabgänger/innen im Übergang von der Schule in den Beruf – Diskursive und biographische Konstruktionen von Lernbehinderung“ beinhaltet eine Auseinandersetzung mit der Institutionalisierung von Bildungsungleichheit aus wissenssoziologisch-diskursanalytischer Perspektive und im Rahmen interaktionstheoretischer Ansätze zur Selbstkonstitution und zum biographischen Handeln von Personen mit geringer schulischer Bildung. Im Zentrum der Arbeit steht die Frage, wie und ob Personen mit geringer schulischer Bildung im deutschen Bildungssystem „handlungsfähig“ werden.

Das Bildungswesen wird als Subjektivierungsinstanz betrachtet, die von zwei Seiten empirisch untersucht wird: Erstens werden erziehungswissenschaftliche Bildungsdiskurse aufgearbeitet, die Aufschluss über die strategische Bedeutung schulischer Separationspraktiken geben. Zweitens werden Berufsbiographien von Sonderschulabgängern sozialwissenschaftlich-hermeneutisch interpretiert, um das biographische Handeln von Sonderschulabsolventen zu rekonstruieren und den Einfluss der Diskurse auf ihre Berufsverläufe aufzuzeigen.

Ziel der Arbeit war es, geringe Bildung von jungen Erwachsenen (mit so genannter Lernbehinderung) in ihrer Konsequenz für den Lebenslauf, die subjektive Erfahrung und das Selbstverhältnis aufzuzeigen.

Veröffentlichung: Pfahl, Lisa (2008): Die Legitimation der Sonderschule im Lernbehinderungsdiskurs in Deutschland im 20. Jahrhundert. WZB Discussion Paper. Berlin: WZB.

Herunterzuladen unter:

<http://www.wzb.eu/de/forschung/bildung-arbeit-und-lebenschancen/ausbildung-und-arbeitsmarkt/projekte/sonderschulabgaengerinnen-im-u>

3.6 Soziale Ungleichheiten in der schulischen und außerschulischen Bildung – Stand der Forschung und Forschungsbedarf

Dieses bereits im Dezember 2008 abgeschlossene Projekt hatte zum Ziel, eine Bestandsaufnahme des bisherigen Wissenstands sowie die Spezifizierung von Handlungs- und Forschungsperspektiven hinsichtlich sozialer Ungleichheiten in der schulischen und außerschulischen Bildung – mit Schwerpunkt auf den schulischen Bereich – vorzunehmen. Die Bestandsaufnahme erfolgte entlang folgender Leitfragen:

- Wie ist der Stand der Forschung zur sozialen Strukturierung von schulischen und außerschulischen Bildungschancen nach sozialer Herkunft, Ethnizität und Geschlecht?
- Welche (Bildungs-)Berichte gibt es in diesem Bereich, die auf Chancengleichheit Bezug nehmen?
- Was sind die Kernaussagen der Studien im Hinblick auf soziale Ungleichheit?
- Welche Lösungen zum Abbau sozialer Ungleichheit werden in diesem Bereich diskutiert?
- Welche Lücken und Schwächen weisen die Studien aus arbeitnehmerorientierter Perspektive auf?
- Welche offenen Forschungsfragen und Handlungsperspektiven bestehen aus mitbestimmungspolitischer Perspektive?

Näheres zu der Untersuchung unter:

<http://www.wzb.eu/de/forschung/bildung-arbeit-und-lebenschancen/ausbildung-und-arbeitsmarkt/projekte/soziale-ungleichheiten-in-schu>

Die Ergebnisse der Untersuchung wurden veröffentlicht unter:

Solga, Heike/Dombrowski, Rosine (2009): Soziale Ungleichheiten in schulischer und außerschulischer Bildung. Stand der Forschung und Forschungsbedarf. Arbeitspapier der Hans-Böckler-Stiftung. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.

Die Studie kann heruntergeladen werden unter:

http://www.boeckler.de/pdf/p_arbp_171.pdf

3.7 Drei Jahre nach dem „Bildungsgipfel“ – eine Bilanz

Klemm, Klaus: Drei Jahre nach dem Bildungsgipfel – eine Bilanz. Die Umsetzung der Ziele des Dresdner Bildungsgipfels vom 22. Oktober 2008. Herausgeber Deutscher Gewerkschaftsbund Bundesvorstand Abteilung Bildungspolitik und Bildungsarbeit. Berlin Oktober 2011

In seiner Expertise blickt der Essener Bildungsforscher Klaus Klemm noch einmal zurück auf den im Oktober 2008 veranstalteten so genannten Dresdner Bildungsgipfel, auf dem die „Bildungsrepublik Deutschland“ ausgerufen worden ist, und überprüft, was aus den seinerzeit von den Regierungschefs von Bund und Ländern verkündeten Zielsetzungen geworden ist. Es sei das zentrale Versprechen unserer Gesellschaft, so damals Angela Merkel, jeden Menschen zu integrieren. Eine gute Bildung für alle Menschen sei hierfür eine Grundvoraussetzung.

Vereinbart wurde auf dem „Bildungsgipfel 2008“:

- **Steigerung der Bildungsausgaben auf 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP)**
Die öffentlichen und privaten Ausgaben für Bildung und Forschung sollen bis zum Jahr 2015 auf zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes steigen –für Bildung auf sieben Prozent und für Forschung auf drei Prozent.
- **Ausbau der Kindertagesbetreuung für unter Dreijährige**
Bis 2013 sollen für 35 Prozent der Kinder unter drei Jahren Angebote in der Kindertagesbetreuung in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege bereit gestellt werden (Absicherung des Rechtsanspruchs auf einen Krippenplatz ab 2013). Das dazu erforderliche Personal soll ausgebildet werden.
- **Verringerung der Quote der Schulabgänger ohne Schulabschluss**
Die Quote der Schulabgängerinnen ohne Abschluss soll halbiert werden – von acht auf vier Prozent eines entsprechenden Altersjahrgangs.
- **Verringerung der Quote junger Erwachsener ohne abgeschlossene Berufsausbildung**
Die Quote junger Erwachsener ohne Berufsabschluss soll von 17 auf 8,5 Prozent halbiert werden.

- **Erhöhung der Quote der Studienanfänger**

Die Studienanfängerquote soll auf 40 Prozent eines Altersjahrgangs gesteigert werden. Das Potenzial von, auch in Folge der doppelten Abiturjahrgänge, zusätzlich etwa 275.000 Studienanfänger soll bis 2015 ausgeschöpft werden.

- **Steigerung der Weiterbildungsbeteiligungsquote**

Die Beteiligung an der Weiterbildung soll von 43 auf 50 Prozent der Erwerbsbevölkerung gesteigert werden.

Das Ergebnis der Untersuchung von Klemm ist ernüchternd. Trotz zahlreicher Reformen im Bildungswesen, die es im Verlauf der letzten drei Jahre gegeben hat, kommt er zu dem Ergebnis, dass bei fünf von sechs wesentlichen Zielen des „Bildungsgipfels“ die Umsetzung schleppend oder mit kaum wahrnehmbaren Fortschritten vorankommt. Bund und Länder drohen bei der Bildungsfinanzierung, beim Krippenausbau, den jungen Menschen ohne Schul- und Berufsabschluss und der Weiterbildung ihre Ziele zu verfehlen. Lediglich bei der Anhebung der Studienanfänger-Quote ist ein Erfolg zu verzeichnen.

Die Expertise kann heruntergeladen werden unter:

<http://www.dgb.de/themen/++co++a25a34e8-fa27-11e0-6a3e-00188b4dc422>

(4)

Hinweise auf laufende bildungspolitische Studien

Im Folgenden werden einige laufende bildungspolitische Studien und Forschungsprojekte vorgestellt, die von Bedeutung sind für die Jugendsozialarbeit.

4.1 Übergänge im Jugendalter

Der Forschungsschwerpunkt des Deutschen Jugendinstituts (DJI) „Übergänge im Jugendalter“ untersucht Fragen von Chancen und Risiken im Prozess der sozialen und beruflichen Integration im Jugendalter und liefert hierzu wissenschaftliche Grundlagen, die für jugendpolitische Entscheidungen und praktische Interventionen genutzt werden können. Dabei wird die Verbesserung der sozialen und beruflichen Integration von Jugendlichen mit Benachteiligungen als jugendpolitische Querschnittsaufgabe verstanden, die sowohl genuine Fragen der Jugendsozialarbeit als auch wesentliche Gegenstandsbereiche der altersspezifischen Bildungs- Ausbildungs- und Arbeitsmarktpolitik tangiert.

Die Untersuchungen des Forschungsschwerpunkts haben einen prozessorientierten mehrdimensionalen Ansatz, bei dem sowohl die Strukturen und Rahmenbedingungen sozialer, kultureller und ökonomischer Integration als auch die individuelle Ebene der verantwortlichen Akteure und Adressaten im Zeitverlauf betrachtet werden.

Näheres hierzu siehe unter:

<http://www.dji.de/cgi-bin/projekte/output.php?projekt=9>

Im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung der Förderinitiative „Regionales Übergangsmanagement“, die zu dem Förderschwerpunkt „Übergänge im Jugendalter“ gehört, hat das DJI Handlungsempfehlungen für den Aufbau eines regionalen Übergangsmanagements entwickelt, die im regelmäßig erscheinenden Newsletter aus diesem Forschungsschwerpunkt veröffentlicht werden.

Diese können heruntergeladen werden unter:

<http://www.dji.de/cgi-bin/projekte/output.php?projekt=9&Jump1=RECHTS&Jump2=6>

4.2 „The ‚Discovery‘ of Youth’s Learning Potential Early in the Life Course“

Die beiden Wissenschaftlerinnen *Paula Protsch* und *Martina Dieckhoff* untersuchen im Rahmen des am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) durchgeführten Projekts „The ‚Discovery‘ of Youth’s Learning Potential Early in the Life Course“, das von der Jacobs Foundation finanziert wird, Ausbildungsbiografien junger Menschen im Wandel.

Ausgangspunkt ihrer Untersuchung ist die Frage nach der Rekrutierungspraxis von Ausbildungsbetrieben. Was erwarten diese wirklich von ihren Bewerbern? Nach welchen Kriterien wählen sie aus? Auf welchen Stufen des Auswahlprozesses spielen welche Kriterien eine Rolle? Entscheiden Firmen je nach Branche oder Ausbildungsberuf unterschiedlich? Im „Ausbildungsmonitor“ des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) nennen über 50 Prozent der befragten Betriebe die Persönlichkeit, über 40 Prozent kognitive Fähigkeiten und nur knapp 6 Prozent die schulische Vorbildung als entscheidendes Einstellungskriterium. Dieser Befund widerspricht zunächst vielen Studien, die zeigen, dass vor allem ein guter Schulabschluss eine wichtige Rolle bei der Bewerbung um einen Ausbildungsplatz spielt.

Sollten die Aussagen der Betriebe zutreffen, wäre dies für manchen Haupt- oder Real- schüler eine gute Nachricht. Nicht alle Jugendlichen können im deutschen Schulsystem ihr vorhandenes Lernpotenzial ausschöpfen und in einen entsprechenden Schulerfolg umsetzen. Viele Schüler besuchen eine Sekundarschule, die *unter* ihren kognitiven Möglichkeiten liegt. Weil ihre Fähigkeiten nicht erkannt werden, verlassen sie die Schule als so genannte „underachiever“ (betrifft vor allem Jugendliche aus unteren sozialen Schichten), während viele andere Jugendliche mit gleichen oder sogar geringeren kognitiven Fähigkeiten einen höheren Schulabschluss erreichen.

Wenn nun bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz neben den Noten auch die kognitiven Fähigkeiten und so genannte „soft skills“ wie Zuverlässigkeit und Sorgfalt zählen, könnte sich für diese Jugendlichen eine zweite Chance eröffnen. Sie könnten durch eine rechtzeitige und gezielte Suche nach einer Lehrstelle, gewissenhafte Bewerbungsschreiben oder ein kompetentes Auftreten in Bewerbungsgesprächen doch noch unter Beweis stellen, dass sie trotz schlechter Schulleistungen die nötigen Voraussetzungen für eine Berufsausbildung mitbringen.

Diese Annahme wurde mit Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) bei knapp 500 Jugendlichen mit Hauptschul- oder mittlerem Schulabschluss, die zwischen 1987 und 1992 geboren wurden und an dem 2006 eingeführten Test über kognitive Grundfähigkeiten teilgenommen haben, geprüft. Dabei wurde untersucht, welche Rolle Schulnoten, kognitive Grundfähigkeiten und Persönlichkeitseigenschaften beim Zugang zur Berufsausbildung spielen und ob diese Faktoren für Haupt- und Realschüler die gleiche Relevanz haben oder nicht.

Die Autorinnen kommen zu dem ernüchternden Ergebnis, dass kognitive Lernpotenziale, die sich nicht in den Schulleistungen widerspiegeln, auch beim Übergang von der Schule in die Ausbildung unentdeckt bleiben. So haben die kognitiven Grundfähigkeiten der Jugendlichen offensichtlich keinen nennenswerten Einfluss auf die Übergangschancen in eine voll qualifizierende Berufsausbildung. Jugendliche, die im Test der kognitiven Fähigkeiten gut abgeschnitten haben, finden nicht schneller als andere Schulabgänger eine Lehrstelle.

Das bedeutet, dass Lernpotenziale, die in der Schule unentdeckt geblieben sind, auch bei der Lehrstellensuche von Arbeitgebern nicht erkannt werden und entgegen den Aussagen der Betriebe hier keine Rolle spielen – weder bei Jugendlichen mit Hauptschulabschluss noch mit mittlerem Abschluss. Dieser Befund überrascht vor allem bei den Realschülern, die im Gegensatz zu den Hauptschülern mehr Möglichkeiten haben, sich auch um höher qualifizierte Berufe zu bewerben. Kandidaten für diese Ausbildungsplätze werden eher mit Hilfe von Auswahltests oder detaillierten Vorstellungsgesprächen auf ihre Eignung hin überprüft. Die Vermutung liegt daher nahe, dass mittels dieser Auswahlverfahren das tatsächliche Potenzial der zukünftigen Lehrlinge – auch bei abweichenden Schulnoten – besser erkannt wird.

Näheres siehe unter:

<http://www.wzb.eu/de/forschung/brueckenprojekte/rekrutierungsverhalten>

<http://www.wzb.eu/de/forschung/bildung-arbeit-und-lebenschancen/ausbildung-und-arbeitsmarkt/projekte/the-discovery-of-youth-s-learn>

Siehe dazu auch:

<http://www.dji.de/cgi-bin/projekte/output.php?projekt=1114&Jump1=RECHTS&Jump2=10>

4.3 Neue Wege in die Ausbildung: Übergangskarrieren benachteiligter Jugendlicher

WZB-Projekt in Kooperation mit der Projektgruppe des WZB „Nationales Bildungspanel: Berufsbildung und lebenslanges Lernen“ und dem Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen/SOFI. Leitung: Heike Solga.

Das so genannte „Übergangssystem“ hat seit dem ersten Nationalen Bildungsbericht 2006 in der Öffentlichkeit eine besondere Aufmerksamkeit erfahren. Angesichts seiner enormen Expansion in den letzten Jahrzehnten sowie seiner finanziellen und sozialen Kosten ist diese Aufmerksamkeit mehr als berechtigt, da die (Aus-)Bildungsangebote im Rahmen des Übergangssystems unterhalb einer qualifizierten Berufsausbildung liegen und zu keinem anerkannten Ausbildungsabschluss im Sinne des dualen oder des Schulberufssystems führen.

Der Projektbeschreibung zufolge haben die Angebote des Übergangssystems weder „System“, noch führen sie in der Mehrzahl zu erfolgreichen „Übergängen“. Ihrer institutionellen Definition nach zielen sie auf eine Verbesserung der individuellen Kompetenzen von Jugendlichen zur Aufnahme einer Ausbildung, ggf. auch einer Beschäftigung. Dies soll durch Verbesserung des Allgemeinbildungsniveaus (einschließlich des Nachholens eines Schulabschlusses) oder durch Berufsorientierung, Berufsvorbereitung und/oder Teilqualifizierung für einen Übergang in eine Ausbildung des dualen oder des Schulberufssystems

oder durch eine Kombination allgemein bildender, motivationaler und berufsvorbereitender Elemente geschehen.

Institutionell gesehen gibt es ein breites Spektrum von nebeneinander laufenden Angeboten unterschiedlicher Träger des Übergangssystems und von unterschiedlicher Dauer. Einen wesentlichen Anteil am Übergangssystem haben die von der Bundesagentur für Arbeit initiierten und finanzierten Maßnahmen zur Berufsvorbereitung. Eine neue Entwicklung ist dabei die Vorverlagerung von berufsvorbereitenden Maßnahmen bereits in die Schulzeit, insbesondere an Förder- und Hauptschulen. Dazu wurden/werden Praxis-, Berufstarter- oder Werkstattklassen eingerichtet. Markante Gemeinsamkeit dieser Maßnahmen ist, dass sie – entsprechend der Logik des deutschen Bildungsverständnisses und -systems – zu einer internen Differenzierung, d.h. zu einer Segregation innerhalb von Hauptschulen führen, indem „akut abschlussgefährdete Schüler“ in Sonderklassen zusammengefasst werden. Eine weitere Gemeinsamkeit ist, dass sie eine stärkere Praxisorientierung der schulischen Bildung dieser Jugendlichen durch die Einführung von einem oder zwei Praxistagen pro Woche in Betrieben (ab der 8. oder 9. Klasse) beinhalten mit der Annahme, dass diesen Jugendlichen einerseits das Lernen in „praktischen“ Kontexten leichter falle und ihre Übergänge in eine Ausbildung andererseits aufgrund einer fehlenden Berufsorientierung erschwert seien.

Über die Effekte und Wirksamkeit dieser (Aus-)Bildungsangebote im Übergangssystem im Sinne von Kompetenzzuwachs, Zertifikaten oder Vermittlungsquoten in eine reguläre Ausbildung ist „Maßnahmen“-vergleichend sowie dem State-of-the-Art entsprechend im Vergleich zu adäquaten Kontrollpopulationen wenig bekannt. Es existieren vor allem Untersuchungen mit Teilnehmern einzelner Maßnahmetypen. Zudem ist das Wissen über die kurz- und längerfristigen Übergänge gering.

Das WZB-Projekt möchte dazu beitragen, hier Wissenslücken zu schließen. Diese betreffen einerseits die Übergänge benachteiligter Jugendlicher nach den Maßnahmen sowie ihren längerfristigen Verbleib im Berufsbildungssystem oder auf dem Arbeitsmarkt und andererseits die Bedeutung struktureller (z.B. regionale Ausbildungsmarktsituation), institutioneller (Maßnahmen-Unterschiede) sowie individueller (sozialstruktureller, kognitiver und nicht-kognitiver) Faktoren in Wechselwirkung mit ihren Bildungsverläufen und -zertifikaten. Neben der Frage, inwieweit das Übergangssystem selbst zur Verfestigung von Bildungsarmut im Lebensverlauf beiträgt, sind hier jene Jugendlichen von besonderem Interesse, denen „against the odds“ der Übergang in eine voll qualifizierende Ausbildung gelungen ist. Von ihnen können wir lernen, was förderliche Faktoren sind und wie diese möglicherweise in bildungs-, arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitische Interventionen umgesetzt werden können.

Für die Analysen werden Daten, die in Zusammenarbeit mit dem Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) zu diesen neuen Interventionsmaßnahmen sowie zu Übergängen von Schulabgängern aus „normalen“ Hauptschulklassen (in Niedersachsen und dem Saarland) erhoben wurden/werden, sowie Daten der Deutschen Lebensverlaufsstudie und Makroanalysen zum Ausbildungssystem verwendet. Ab 2012 beginnend können hierfür auch die Längsschnittdaten der Etappe 6 „Berufliche Bildung und Übergänge in den Arbeitsmarkt“ des Nationalen Bildungspanels (NEPS) verwendet werden.

Weitere Informationen unter:

<http://www.wzb.eu/de/forschung/bildung-arbeit-und-lebenschancen/ausbildung-und-arbeitsmarkt/projekte/neue-wege-in-die-ausbildung-ue>

4.4 Berufliche Bildung und Übergänge in den Arbeitsmarkt

Bei dieser Studie handelt es sich um Etappe 6 im Rahmen des Nationalen Bildungspanels (Laufzeit 10/2008-12/2013). Im Zentrum der Untersuchung von Bildungsetappe 6 stehen die Übergänge von der Schule ins Berufsleben, und zwar von Abgängern aus Förderschulen (Schwerpunkt Lernbehinderung) und aus Haupt-, Real- und Gesamtschulen. Hierbei interessiert vor allem, wie die hohe Jugendarbeitslosigkeit entsteht und weshalb es immer länger dauert, bis junge Menschen in einen Beruf finden.

Die Forschungsfragen der Etappe 6 behandeln drei Themenbereiche:

1. Platzierung im Ausbildungssystem. Bei der Erforschung des Übergangs in die Berufsausbildung wird zunächst gefragt, welche Jugendlichen sich warum für eine berufsvorbereitende Maßnahme bzw. für eine reguläre Berufsausbildung entscheiden und welche Berufe sie wählen. Dafür werden einerseits die bisher erworbenen Bildungsabschlüsse und Kompetenzen berücksichtigt, andererseits werden die unterschiedlichen Lernwelten der Jugendlichen, ihr elterliches und soziales Umfeld, aber auch regionale Ausbildungsmärkte, also das zur Verfügung stehende Angebot an Ausbildungsplätzen, mit einbezogen. Zur Untersuchung der Berufs- und Arbeitsorientierungen sowie von Strategien der Ausbildungsplatzsuche werden individuelle Merkmale von Schulabgängern der unteren und mittleren Sekundarstufe erfasst: Zum einen die bisherige Schulbiografie der Jugendlichen einschließlich ihrer Abschlüsse, Noten, Klassen- und Schul(typ)wechsel. Zum anderen werden Informationen über ihre in der Schule und nach dem Verlassen der Schule erworbenen kognitiven Kompetenzen und nicht-kognitiven Fähigkeiten, wie z.B. Persönlichkeit, Motivation, oder soziale Kompetenzen, ihre beruflichen Interessen sowie ihr soziales Umfeld erhoben. Ferner wird untersucht, wie sich die Jugendlichen an vorhandene Gelegenheiten und Beschränkungen auf dem Ausbildungsmarkt anpassen, inwiefern sie ihre beruflichen Ziele längerfristig verfolgen oder ob sich beruflich umorientieren, wenn ihre bisherigen Versuche erfolglos waren.

2. Erfolg in und bei der Berufsausbildung selbst. Sobald eine Ausbildungsstelle gefunden ist, stellt sich die Frage, welche der Jugendlichen, die eine Ausbildung absolvieren, diese auch erfolgreich abschließen. Insbesondere das Wissen über den Einfluss des betrieblichen und berufsschulischen Umfeldes auf die Ausbildung bestimmter Fähigkeiten wird neue Einblicke in den Kompetenzerwerb von Jugendlichen in der Berufsausbildung geben. Ferner können Aussagen darüber gemacht werden, welche individuellen, institutionellen und sozialen Gegebenheiten einen Einfluss darauf haben, ob Jugendliche ihre Ausbildung abbrechen oder erfolgreich von berufsvorbereitenden Maßnahmen in eine Berufsausbildung wechseln.

3. Berufseinstieg und Übergang in den Arbeitsmarkt. Für den Berufseinstieg gilt es zu untersuchen, welche Rolle Kompetenzen, Ausbildungsabschlüsse und soziale Faktoren (wie zum Beispiel soziale Netzwerke) für die Arbeitsplatzsuche und für einen erfolgreichen Übergang in den Arbeitsmarkt spielen. Gleiches gilt für die Frage, wie wichtig schulische und berufliche Bildungsbeteiligung für das Leben jenseits des Arbeitsmarkts sind, beispielsweise im Hinblick auf Gesundheit und Lebenszufriedenheit, oder abweichendes oder kriminelles Verhalten. Dass all diese Faktoren einen Einfluss auf den Übergang in den Arbeitsmarkt haben, ist bekannt – nicht jedoch, in welchem Maße für welche Gruppen von Jugendlichen.

Näheres unter:

<http://www.wzb.eu/de/forschung/bildung-arbeit-und-lebenschancen/bildungspanel/projekte/etappe-6-berufliche-bildung-und-uebergaenge->

4.5 Jugend und Armut

AWO Bundesverband (Hg.): Jugend und Armut – wir brauchen jede/n! Dokumentation des AWO-Verbandsforums vom 24./25. März 2011 in Berlin. Schriftenreihe Theorie und Praxis 2011. Berlin, September 2011. 58 Seiten

Die AWO-ISS-Langzeitstudie „Armut in Kindheit und Jugend“ erforscht seit 1997 die Lebenslagen und Zukunftsperspektiven von fast 900 Kindern, die erstmals als 5/6-Jährige im Kindergarten befragt worden sind. Sie untersucht dabei nicht nur die strukturellen Ursachen von Armut, sondern beschäftigt sich auch mit Bildungschancen und Bildungskarrieren im Kontext der Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung, den Gefahren einer sozial vererbten Armut sowie dem staatlichem Handeln und dessen Wirkungen. Dabei stellt sie auch Fragen nach sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Sie zeigt, dass Armut weit mehr ist als Einkommensarmut, sondern sich auch und vor allem auf Teilhabemöglichkeiten an Bildung, Kultur, Sport, Geselligkeit erstreckt.

Die laufende vierte Untersuchungsreihe „Armut von Jugendlichen am Übergang von der Schule in den Beruf“ (2009–2012) zeigt als einen zentralen Befund, dass immer noch zu viele junge Menschen ohne Abschluss die allgemeinbildende Schule verlassen, zu viele in

Übergangsmaßnahmen der Arbeitsverwaltung stecken (bleiben) und sie oftmals in eine wenig erfreuliche Ausbildungs- und Arbeitsperspektive blicken. Vor dem Hintergrund der Befürchtung, dass in Zukunft zu wenige Arbeitskräfte für immer mehr und anspruchsvollere Aufgaben zur Verfügung stehen werden, wird gefragt, wie sich beide Entwicklungen zum Wohle aller miteinander verzahnen lassen und wie es gelingen kann, auch bildungsbenachteiligte junge Menschen fit für den Arbeitsmarkt der Zukunft zu machen und ihnen einen anerkannten Platz in der Erwerbsgesellschaft einzuräumen.

Auf einer Tagung zum Thema „Jugend und Armut – wir brauchen jede/n!“ im März 2011 wurde diese Thematik mit Fachleuten aus Wissenschaft, Forschung und Praxis der Jugendsozialarbeit ausführlich diskutiert; dabei wurden auch Perspektiven für die zukünftige Arbeit zu entwickelt. Die Beiträge der beteiligten Experten sind in der hier aufgeführten Dokumentation enthalten.

Die Dokumentation kann heruntergeladen werden unter:

<http://www.awo.org/standpunkte-und-positionen/kinderarmut.html>

oder: http://www.awo.org/fileadmin/user_upload/pdf-dokumente/Standpunkte/DOKUMENTATION_Jugend_und_Armut_M%C3%A4rz_2011.pdf

(5)**Neue Programme des Bundes und der Länder**

In der vorliegenden Ausgabe 2 des *Bildungsmonitors Jugendsozialarbeit* geht es im Folgenden um die Nordrhein-Westfalen geplanten Initiativen der Landesregierung zur Verbesserung der Übergänge von der Schule in eine Berufsausbildung sowie um die Kosten und Wirkungen der Förderprogramme im Rahmen von Jugendsozialarbeit. Außerdem wird auf Neuerungen im Rahmen der Initiative JUGEND STÄRKEN hingewiesen.

5.1 Nordrhein-Westfalen: Neues Übergangssystem Schule und Beruf

Nordrhein-Westfalen wird als erstes Flächenland ab dem Schuljahr 2012/13 einen landesweiten und systematischen Übergang von der Schule in die Ausbildung einführen. Die praktische Umsetzung soll in sieben Referenzkommunen begonnen und wissenschaftlich begleitet werden. Ziel ist es, den Gesamtprozess effizienter zu gestalten und eine deutliche qualitative Verbesserung des Übergangssystems zu erreichen. Darauf haben sich die Partner im Ausbildungskonsens NRW geeinigt. Landesregierung, Gewerkschaften, Arbeitgeber, Kammern, Arbeitsverwaltung und Kommunen in NRW bekräftigten, Nordrhein-Westfalen baue ein bundesweit einzigartiges Übergangssystem auf, in dem individuelle Potentialanalyse und Förderung jedes einzelnen Jugendlichen im Vordergrund stehen.

Ziel soll es sein, ausbildungsreifen Jugendlichen möglichst rasch nach der Schule den Einstieg in eine Berufsausbildung zu ermöglichen. „Wir müssen von der Nachversorgung und dem Maßnahmendenken wegkommen – hin zu einem präventiven Ansatz, in dem rechtzeitig und wirksam etwas für die Jugendlichen getan wird. Das Motto ist ‚Kein Abschluss ohne Anschluss!‘ Nur so können wir die zukünftigen Fachkräfte für die Wirtschaft unseres Landes gewinnen“, betonte Ministerpräsidentin Hannelore Kraft nach einem Spitzengespräch der Partner im Ausbildungskonsens.

„Wir wollen alle Jugendlichen noch in der Schule fit für die Berufsausbildung machen, um ihnen Warteschleifen zu ersparen“, betonte Arbeitsminister Guntram Schneider. Schätzungsweise 80.000 junge Menschen sind derzeit in Maßnahmen, vor allem der Berufskollegs, die nicht direkt zu einem Berufsabschluss oder einer Hochschulzugangsberechtigung führen. Die Hälfte von ihnen, schätzen Experten, sei ausbildungsreif.

Konkret einigten sich die Partner aus Landesregierung, Wirtschaft, Gewerkschaften, Arbeitsverwaltung und Kommunen darauf, schrittweise allen Schülern der allgemein bildenden Schulen ab der 8. Klasse eine systematische Berufs- und Studienorientierung zu ermöglichen. Dazu gehören gezielte Praktika in Betrieben oder bei Bildungsträgern, mit denen die Jugendlichen ihre speziellen Fähigkeiten in der Praxis überprüfen sollen. „Neu ist ebenfalls, dass alle Jugendlichen vor Schulende auf der Basis ihrer Potenziale eine persönliche, realistische Übergangsempfehlung erhalten. Wir wollen, dass junge Menschen im Anschluss an die Schule möglichst direkt eine Ausbildung oder ein Studium beginnen können“, sagte Schulministerin Sylvia Löhrmann. Die Übergangsempfehlung gibt den Jugendlichen konkrete Hinweise, zum Beispiel auf eine Ausbildung im kaufmännischen oder gewerblich-technischen Bereich.

Für diejenigen ausbildungsreifen Schüler, die trotz allem keinen betrieblichen Ausbildungsplatz finden, wird die Landesregierung schulische Berufsausbildungsgänge mit umfangreichen betrieblichen Praxisanteilen in solchen Berufen anbieten, in denen ein Fachkräftebedarf erkennbar ist. Ziel für alle diese Maßnahmen ist ein anerkannter Berufsabschluss durch die zuständige Kammer. Dabei sind jederzeit Übergänge in die klassische betriebliche Ausbildung angestrebt. Sollte auch das nicht reichen, stellt das Land bei Bedarf außerbetriebliche Ausbildungsplätze zur Verfügung, in 2012 einmalig bis

zu 700. Dafür stellt das Land bis zu zehn Millionen Euro zur Verfügung. Das Geld stammt aus dem europäischen Sozialfonds.

Für Jugendliche, die bis zur Ausbildungsreife einen weiteren Zwischenschritt benötigen, werden die Bildungsgänge der Berufskollegs systematisch mit betrieblicher Praxis verbunden. „Dabei werden Qualifizierungs- bzw. Ausbildungsbausteine genutzt, die zum Teil auf eine spätere Ausbildung anrechenbar sein sollen“, so Arbeitsminister Schneider. Dadurch kann die Ausbildungszeit verkürzt werden. Und Betriebe können ohne zusätzliche Kosten mehr Jugendliche ausbilden.

Alle diese Maßnahmen sollen kommunal gebündelt und koordiniert werden. Das Personal in den Koordinierungsstellen der 53 Kreise und kreisfreien Städte wird vom Land mitbezahlt. Bereits Anfang 2012 beginnen die Koordinierungsstellen in den sieben ausgesuchten Referenzkommunen (Bielefeld, Dortmund, Mülheim, der Städteregion Aachen, den Kreisen Borken, Siegen-Wittgenstein sowie dem Rheinisch-Bergischen Kreis) mit ihrer Arbeit. Dadurch können rund 29.000 Jugendliche schnell in die neue Berufsorientierung einsteigen. Ab 2013 soll das neue Übergangssystem in allen Kommunen umgesetzt werden.

Weiteres siehe unter:

<http://www.nrw.de/landesregierung/spitzentreffen-im-ausbildungskonsens-nrw-will-qualitaetssprung-durch-individuelle-foerderung-beim-uebergang-schule-und-beruf-schaffen-11889/>

Quelle: Pressemitteilung der Landesregierung NRW vom 07.12.2011

5.2 Übersicht über Förderprogramme des Bundes am Übergang Schule – Beruf und deren Finanzierung

Abgeordnete des Deutschen Bundestages und der Fraktion DIE LINKE kritisieren in einer kleinen Anfrage zur Finanzierung und Ausgestaltung von Bundesprogrammen in den Bereichen Übergang Schule-Beruf und Weiterbildung (BT Drucksache 17/6886 vom 1.9.2011), dass jährlich neue Programme zur Förderung der beruflichen Bildung und des Übergangsmagements in den Bereichen Übergang Schule – Ausbildung – Beruf und Weiterbildung aufgelegt werden, eine Übersicht über die Förderzeiträume und Finanzierungsquellen jedoch bislang fehle. Im Einzelnen wird Folgendes bemängelt:

„Einzelne Projekte laufen aus, neue werden gegründet. Auch bei den dauerhaften Maßnahmen kommt es häufig zu Veränderungen bzw. unklaren Finanzierungsombinationen. Evaluationen einzelner Programme und Maßnahmen und insbesondere ihres Zusammenwirkens in Hinblick auf die Förderung der beruflichen Aus- und Weiterbildung fehlen. Des Weiteren geben die öffentlich zugänglichen Informationsquellen nur wenig Aufschluss darüber, welche Institutionen und Träger Zuwendungen aus den Bundesprogrammen erhalten und welchen Personenkreis diese Programme tatsächlich erreichen. Darüber hinaus bleibt offen, wie die Bundesregierung die Wirksamkeit und Perspektive der Einzelmaßnahmen einschätzt und wie sie die Integration aller jungen Menschen in Ausbildung und eine Erhöhung der Weiterbildungsbeteiligung erreichen möchte“ (BT Drucksache 17/6886, S. 1)

In ihrer Antwort auf diese Kleine Anfrage gibt die Bundesregierung einen Überblick über aktuelle Förderprogramme und deren Finanzierung (BT-Drucksache 17/7013 vom 20.09.2011) sowie ihre Planungen für das Jahr 2012, die auch für die Jugendsozialarbeit von erheblichem Interesse sind.

Im Einzelnen werden Informationen zu folgenden Programmen am Übergang Schule-Beruf, jeweils aufgeschlüsselt nach den zuständigen Bundesministerien, gegeben. Die aufgeführten Mittel beziehen sich, sofern nichts anderes angegeben, jeweils auf 2011:

BMBF

Perspektive Berufsabschluss, Förderinitiative 1 Regionales Übergangsmangement

vorgesehene Mittel: 12,832 Mio. Euro;

Laufzeit des Programms: 2008 bis 2013

Abschluss und Anschluss – Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss

vorgesehene Mittel (ohne die Mittel für das BOP): 42,42 Mio. Euro;

Laufzeit des Programms: 2010 bis 2017

Berufsorientierungsprogramm in überbetrieblichen oder ähnlichen Einrichtungen (BOP)

vorgesehene Mittel: 50 Mio. Euro;

Laufzeit des Programms: unbefristet,

Neue Wege in die duale Ausbildung

vorgesehene Mittel: 1,829 Mio. Euro;
Laufzeit des Programms: 2011 bis 2014

JOBSTARTER CONNECT

vorgesehene Mittel: 7,1 Mio. Euro;
Laufzeit des Programms: 2009 bis 2015

Berufsorientierung ARENA

vorgesehene Mittel: 0,479 Mio. Euro

Schule-Wirtschaft/Arbeitsleben

vorgesehene Mittel: 0,78 Mio. Euro.

BMWi

Passgenaue Vermittlung Auszubildender an ausbildungswillige Unternehmen

vorgesehene Mittel: 3 Mio. Euro.

BMFSFJ

Girls' Day" und „Boys' Day

vorgesehene Mittel: 0,511 Mio. Euro,

TEENWORK

vorgesehene Mittel: 0,420 Mio. Euro.

BMVBS

Für 2011 sind für die insgesamt 135 Projekte der ersten Förderrunde (2009 bis 2012) des Bundesprogramms des Europäischen Sozialfonds (ESF) **Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ)** des BMVBS 8 997 282,13 Euro Bundesmittel gebunden. Davon sind 72 Projekte (53,3 Prozent) dem Bereich Übergang Schule-Beruf zuzuordnen.

BMAS

Im Einzelplan 11 des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales erfolgt keine gesonderte Veranschlagung von Mitteln zum Übergang Schule-Beruf. Insgesamt stehen für den Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Rechtskreis des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch – SGB II) und den Bereich der Arbeitsförderung (Rechtskreis SGB III) rund 8 Mrd. Euro aus dem Bundeshaushalt und dem Haushalt der Bundesagentur für Arbeit für Bildung (einschließlich Leistungen zur Förderung der beruflichen Rehabilitation behinderter Menschen) zur Verfügung.

Darüber hinaus weist die Bundesregierung auf den jährlich erscheinenden Berufsbildungsbericht und den parallel dazu erscheinenden Datenreport des Bundesinstituts für Berufsbildung hin, der in einer Gesamtübersicht die Bundes- und Länderprogramme – soweit von den Ländern mitgeteilt – darstellt.

Herunterzuladen unter:

Berufsbildungsbericht 2011: http://www.bmbf.de/pub/bbb_2011.pdf

Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2011: http://datenreport.bibb.de/Datenreport_2011.pdf

Internetversion des Datenreports: <http://datenreport.bibb.de/html/dr2011.html>

Fragen zur Fortführung der Förderprogramme am Übergang Schule - Beruf

Interessant für die Jugendsozialarbeit sind die Auskünfte der Bundesregierung für die einzelnen Programme am Übergang Schule – Beruf und Weiterbildung für das Jahr 2012. Neben Antworten auf die folgenden Fragen werden zum Teil auch Informationen zu den geplanten Fördermitteln, zur Laufzeit, zum bisherigen Verlauf und zur Bewertung der jeweiligen Programme gegeben.

Im Folgenden werden lediglich Auszüge aus den zu beantwortenden Fragen dokumentiert. Die kompletten Fragen wie auch die dazugehörigen Antworten der Bundesregierung können jedoch der Bundestagsdrucksache 17/7013 entnommen werden.

Fragen zu den einzelnen Förderprogrammen:

1. Welche Summe (in Euro) fließt insgesamt aus dem Bundeshaushalt 2011 in die Bereiche

- a) Übergang Schule-Beruf und b) Weiterbildung?
2. Welche Summe soll 2012 aus dem Bundeshaushalt in die Bereiche a) Übergang Schule-Beruf und b) Weiterbildung fließen?
 3. Existiert eine Auflistung darüber, wie die Mittel aus den Bundesprogrammen in den Bereichen Übergang Schule-Beruf und Weiterbildung auf Landesebene eingesetzt werden?
 4. Welche Mittel aus dem Bundeshaushalt 2012 fließen insgesamt in Programme und Maßnahmen zur Integration von Frauen, Behinderten und Migrantinnen und Migranten?
 5. Welche Summe erhält die Bundesregierung aus den Programmen des Europäischen Sozialfonds insgesamt für die Bereiche a) Übergang Schule-Beruf und b) Weiterbildung c) und wie verteilen sich die einzelnen Maßnahmen auf die einzelnen Bundesländer?
 6. Wie lange soll das Programm des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) „Abschluss und Anschluss – Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss“ insgesamt laufen?
 7. Wie lange läuft das Berufsorientierungsprogramm des BMBF?
 8. Wie lange läuft das BMBF-Programm „Perspektive Berufsabschluss“?
 9. Für welchen Zeitraum ist die Förderung des BMBF-Programms JOB- STARTER CONNECT angelegt?
 10. Wie lange läuft das BMBF-Programm JOBSTARTER?
 11. Wie lange läuft das BMBF-Programm „Neue Wege in die duale Ausbildung“?
 12. Wie lange läuft das BMBF-Programm Berufsorientierung ARENA?
 13. Wie lange läuft die Initiative zur Verhinderung des Ausbildungsabbruchs?
 14. Wie lange läuft das Modellprojekt „Unternehmen: Jugend. Zusammen- arbeit mit Zukunft“?
 15. Wie wird das Projekt der Bundesagentur für Arbeit „Arbeitsbündnis Jugend und Beruf“ finanziert?
 16. Aus welchen Haushaltsposten wird der Ausbildungsbonus finanziert?
 17. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung für jene ca. 1,5 Millionen jungen Menschen zwischen 20 und 29 Jahren, die sich laut einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung e. V. nicht in einer Ausbildung befinden und keinen Ausbildungsabschluss vorweisen können?
 18. Plant die Bundesregierung weitere Maßnahmen, damit alle jungen Menschen unter 30 Jahren einen Schulabschluss erlangen bzw. eine Ausbildung absolvieren?
 19. Welche Maßnahmen der Bundesregierung existieren derzeit, um die Quote der (funktionalen) Analphabeten zu senken?
 20. In welchem Umfang partizipieren Asylbewerberinnen und Asylbewerber an den in den Fragen 1 und 2 genannten Maßnahmen? Inwiefern plant die Bundesregierung Verbesserungen, um Asylbewerberinnen und Asylbewerber zu integrieren?

Die kompletten Fragen und die dazu jeweils gegebenen Antworten für die einzelnen Förderprogramme finden sich in der Bundestagsdrucksache 17/7013.

Die Kleine Anfrage (BT-Drucksache 17-6886) und die Antwort der Bundesregierung (BT-Drucksache 17/7013) können heruntergeladen werden unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/068/1706886.pdf>

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/070/1707013.pdf>

5.3 Neuerungen beim Programm Kompetenzagenturen

Mit der Initiative JUGEND STÄRKEN fördert das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) die soziale, schulische und berufliche Integration junger Menschen mit schlechteren Startchancen. Eine wichtige Rolle spielen hierbei die Programme „Kompetenzagenturen“ und „Schulverweigerung – Die 2. Chance“. Für die Förderperiode ab 1.9.2011 bis 31.12.2013 wurde das Programm weiterentwickelt, es soll mit neuen Akzenten fortgeführt werden.

Neuerungen beim Programm „Kompetenzagenturen“ sind u.a. ein Personalschlüssel von 1:40 bis 1:50 sowie Sonderregelungen für die Kompetenzagenturen im ländlichen Raum. Ab dem 1.1.2012 ist eine Kofinanzierung aus Mittel des SGB II und SGB III nicht mehr möglich. Dagegen kann eine Kofinanzierung über das Programm Jugendmigrationsdienste erfolgen. Mit dem Jugendmigrationsdienst können Kooperationsvereinbarungen abgeschlossen werden.

Die Förderleitlinien können heruntergeladen werden unter:

http://www.kompetenzagenturen.de/das_programm_kompetenzagenturen/foerderung/
http://www.kompetenzagenturen.de/esf_kompetenzagenturen/content/e769/e849/e2045/e3579/11-03-11_Foerderleitlinien_JUGEND-STAEKERN.pdf

5.4 Neuerungen beim Programm Schulverweigerung – Die 2. Chance

Die Neuerungen beim Programm „Schulverweigerung“ bestehen insbesondere in der Erweiterung der Zielgruppe um berufsschulpflichtige Schülerinnen und Schüler, die eine vollzeitschulpflichtige Maßnahme besuchen oder ein vollzeitschulpflichtiges Angebot mit der Möglichkeit des Erwerbs eines Hauptschulabschlusses wahrnehmen und dabei ihren Hauptschulabschluss durch Schulverweigerung gefährden.

Künftig sollen 88 Koordinierungsstellen der 2. Chance an beruflichen Schulen arbeiten.

Näheres hierzu unter:

http://www.zweitechance.eu/esf_zweitechance/content/e922/e959/e960/e3148/11-03-11_Foerderleitlinien_JUGEND-STAEKERN.pdf

(6) Zahlenspiegel

6.1 Jugendsurvey Baden-Württemberg

Der Jugendsurvey Baden-Württemberg liefert erstmals Daten aus Sicht der 12- bis 18-Jährigen zu ihrer Lebenssituation im Land. Gemeinsam von der Jugendstiftung Baden-Württemberg und dem Landesschülerbeirat Baden-Württemberg wurden dafür im Winter 2010/2011 insgesamt 2.413 Jugendliche befragt. Die Ergebnisse der Befragung wurden ergänzt durch eine Stellungnahme des Landesschülerbeirats Baden-Württemberg, der aus den Daten elf Empfehlungen ableitet. Außerdem bewerten vier Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler die Ergebnisse der Untersuchung aus dem Blickwinkel ihrer jeweiligen Fachrichtungen.

Der Jugendsurvey Baden-Württemberg 2011 kann heruntergeladen werden unter:
<http://jugendstiftung.de/fileadmin/Dateien/Jugendsurvey%202011.pdf>

Weitere Informationen unter
[http://jugendstiftung.de/index.php?id=86&tx_commerce_pi1\[showUid\]=51&tx_commerce_pi1\[catUid\]=31&cHash=50cdeb60e9](http://jugendstiftung.de/index.php?id=86&tx_commerce_pi1[showUid]=51&tx_commerce_pi1[catUid]=31&cHash=50cdeb60e9)

6.2 Statistiken zum Bildungswesen in Deutschland

Der Deutsche Bildungsserver hält eine Vielzahl von Statistiken zu allen Bereichen des deutschen Bildungswesens bereit. Diese Statistiken können heruntergeladen werden können unter:

http://wiki.bildungsserver.de/infoboerse/index.php/Bildungswesen_Statistiken

6.3 Infobörse für Bildungsfragen

Neben der Vielzahl statistischer Informationen gibt es beim Deutschen Bildungsserver eine Infobörse für Bildungsfragen (Wiki-Informationsbörse), die über die klassischen FAQ's und den Recherchedienst hinaus einen zusätzlichen Informations-Service mit erweiterter Nutzerbeteiligung anbietet.

Im Einzelnen funktioniert die Info-Börse so:

- Das Wiki bietet eine große Sammlung bereits redaktionell beantworteter Nutzeranfragen an das Redaktionsteam des Deutschen Bildungsservers an. Diese Sammlung wird von den Redakteurinnen und Redakteuren des Deutschen Bildungsservers ständig erweitert.
- Für thematische Recherchen bietet das Wiki eine inhaltliche Strukturierung nach zwölf Themenbereichen an, die zurzeit nach insgesamt 60 Unterthemen differenziert sind. Jedes Frage-Antwort-Paar wird unter einem Inhalt erschließenden Titel in einer gesonderten Inhaltsübersicht in den Unterthemen wiedergegeben.
- Alle an Bildungsthemen Interessierten können im begleitenden Weblog ihre eigenen Fragen stellen, zu deren Beantwortung alle anderen Blog-Nutzer mit ihren persönlichen Erfahrungen und speziellen Kenntnissen beitragen können.

Näheres siehe unter:

<http://wiki.bildungsserver.de/infoboerse/index.php/Hauptseite>

6.4 Datenreport 2011

Der vom Statistischen Bundesamt, der Bundeszentrale für Politische Bildung und dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) herausgegebene „Datenreport 2011 – Sozialbericht für Deutschland“ zeichnet ein differenziertes Bild der Lebensverhältnisse in Deutschland. Der *Datenreport* gehört mittlerweile zu den Standardwerken für diejenigen, die sich schnell und verlässlich über statistische Daten und sozialwissenschaftliche Analysen zu den aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland informieren wollen. Der „Datenreport 2011“ enthält Daten zu Gesellschaft und Umwelt sowie zu subjektiven Erwartungen und Einstellungen der Menschen.

Herunterzuladen unter:

http://www.bpb.de/publikationen/GAKC8E,0,Datenreport_2011.html

Quelle: KJS Newsletter. Ausgabe Nr.411 / 07.11. 2011

6.5 Daten zur aktuellen Ausbildungsplatzsituation

Obwohl die Zahl der Ausbildungsplätze weiter zunimmt, haben nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit von Anfang November 2011 bislang nur 54 Prozent der Ausbildungsbewerber bis Ende September 2011 auf Anhieb eine Lehrstelle gefunden. Die übrigen entschieden sich entweder für ein Praktikum oder eine Fördermaßnahme, besuchten weiterhin die Schule oder blieben weiter auf der Suche. Dies betraf zwar nur zwei Prozent der Bewerber, bei weiteren 16 Prozent war der Verbleib aber unklar.

Weitere Informationen unter:

<http://www.wz-newsline.de/home/ratgeber/beruf-bildung/ausbildung-jeder-zweite-bewerber-wartet-1.812954>

aus: Westdeutsche Zeitung online vom 07.11.2011

Quelle: LAG KJS NRW: Abo jugendsozialarbeit.info Nr. 315 / 2011

(7)**Aktuelle Stellungnahmen aus Politik und Verbänden****7.1 Kohärente Förderung am Übergang Schule-Beruf**

Aus Sicht des Kooperationsverbunds Jugendsozialarbeit besteht die dringende Notwendigkeit, die Entwicklung einer kohärenten Förderung am Übergang Schule-Beruf insbesondere für sozial benachteiligte junge Menschen mit Unterstützungsbedarf zu forcieren. Der Kooperationsverbund hat dazu eigene Empfehlungen für eine verbesserte, kohärente Förderung veröffentlicht.

Herunterzuladen unter:

http://www.jugendsozialarbeit.de/media/raw/KV_Beitraege_Jugendsozialarbeit_Kohaerente_Foerderung.pdf

Quelle: LAG KJS NRW: Abo jugendsozialarbeit info Nr. 315 / 2011

7.2 Übergang Schule-Beruf - Qualitätsstandards für eine individuelle Begleitung am Übergang

Die Bundesarbeitsgemeinschaft örtlich regionaler Träger der Jugendsozialarbeit (BAG ÖRT) hat ein Positionspapier vorgelegt, in dem Qualitätsstandards für die Begleitung junger Menschen beim Übergang von der Schule in den Beruf beschrieben werden. Das Positionspapier schließt an die derzeitige Fachdiskussion an und führt diese weiter. Es versteht sich als Richtschnur für alle bestehenden und geplanten Angebote und Programme individueller Begleitung der Jugendsozialarbeit. Hintergrund für dieses Papier ist die Tatsache, dass der Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf für benachteiligte junge Menschen nach wie vor eine große Herausforderung darstellt. Viele junge Menschen, insbesondere solche mit vielfältigen Problemlagen, profitieren nicht vom wirtschaftlichen Aufschwung und dem gestiegenen Bedarf an Fachkräften. Deshalb steht individuelle Begleitung am Übergang Schule – Beruf vor der Herausforderung, diesen jungen Menschen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Damit dies gelingen kann, hat die BAG ÖRT Qualitätsstandards definiert.

Herunterzuladen unter:

<http://www.bag-oert.de/downloads/positionspapier-individuelle-begleitung-am-%C3%BCbergang-schule-%E2%80%93-beruf-qualit%C3%A4tsstandards>

Quelle: KJS Newsletter. Ausgabe Nr.411 / 07.11. 2011

7.3 Kommunales Übergangsmanagement. Übergang Schule-Beruf: benachteiligungssensibel - chancengerecht - inklusiv

Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge legt Empfehlungen zur Gestaltung des kommunalen Übergangsmanagements vor. Als Ausgangspunkt kommunalen Handelns am Übergang wird die öffentliche Verantwortung für die Förderung aller jungen Menschen zu eigenständigen und gemeinschaftsfähigen Personen verstanden. Der Deutsche Verein spricht sich für die grundsätzliche Neugestaltung des Übergangsgeschehens aus. Dabei will er den Grundgedanken des Inklusionskonzepts, wie er in der UN-Behindertenrechtskonvention formuliert ist, in den Mittelpunkt stellen.

Herunterzuladen unter:

http://www.bagkjs.de/media/raw/DV_16_11.pdf

7.4 Reform des Übergangssystems

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat mit der Publikation „Der erfolgreiche Weg zum Berufsabschluss – Neue Reformvorschläge“ einen Beitrag zur Diskussion um eine systematische Neugestaltung des Übergangssystems vorgelegt. Die Publikation hat zum Ausgangspunkt die Tatsache, dass sich die derzeit im Übergangssystem angebotenen äußerst heterogenen und facettenreichen Bildungs- und Förderangebote für die betroffenen Jugendlichen häufig als Sackgasse erweisen. Knapp 40 Prozent verlassen das System, ohne eine Berufsausbildung beginnen zu können. Die Ministerpräsidentin des Saarlandes, Annegret Kramp-Karrenbauer, und Mitautor Stefan Sell von der FH Koblenz werben mit dieser Publikation für eine Umgestaltung der Rahmenbedingungen bereits in der Schule. Sell favorisiert ein Modell der assistierten Ausbildung; dieses müsse zu einem „flächendeckenden Regelangebot“ werden. Hierbei wird eine betriebliche Berufsausbildung mit Vorbereitungs- und Unterstützungsangeboten seitens der Jugendberufshilfe flankiert. Die Ausbildungsverantwortung verbleibt allein bei den Betrieben. Um der Zersplitterung der Förderlandschaft zu begegnen, schlägt Sell die Einführung einer zentralen Anlaufstelle vor, so genannte Jugendagenturen, in denen die Akteure aus Kommune, Bundesagentur für Arbeit und Jobcenter zusammengefasst werden sollen.

Näheres unter:

<http://www.kas.de/wf/de/33.29302/> <http://www.kas.de/wf/de/33.29301/>

Quelle: KJS, Newsletter, Ausgabe Nr.412 / 14.11. 20

7.5 Inklusion Jetzt! - Berufsbildung im Zeichen des Fachkräftemangels aus Sicht der Katholischen Jugendsozialarbeit

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit fordert in ihrem Positionspapier „Inklusion Jetzt! - Berufsbildung im Zeichen des Fachkräftemangels aus Sicht der Katholischen Jugendsozialarbeit“ Ausbildung für alle, um Zugänge zu beruflicher Bildung zu verbessern und gesellschaftliche Teilhabe für benachteiligte Bevölkerungsgruppen zu erhöhen. Insbesondere junge Menschen mit individueller Beeinträchtigung oder sozialer Benachteiligung profitieren in nicht so starkem Umfang von den positiven Entwicklungen auf dem Ausbildungsstellenmarkt sowie den Bestrebungen der Politik und Wirtschaft, den Fachkräftebedarf zu sichern.

<http://www.bagkjs.de/stellungnahmen>

7.6 Ausbau der Schulsozialarbeit beim Bildungs- und Teilhabepaket

Das Bildungspaket leistet eine gezielte Förderung durch Sach- und Dienstleistungen. Im Bereich Dienstleistungen ist auch der Ausbau von Schulsozialarbeit vorgesehen. Für die Umsetzung sind die Kommunen und Landkreise zuständig. Aus Sicht des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit sind der umfassende Ausbau und die Absicherung der Schulsozialarbeit fachlich dringend geboten. Der Kooperationsverbund hat hierzu ein Positionspapier „Die Zeit für den Ausbau der Schulsozialarbeit ist jetzt!“ veröffentlicht. Ergänzend wurde zur Unterstützung der fachlichen Debatte ein Informationspapier „Zum aktuellen Stand des Ausbaus der Schulsozialarbeit“ erstellt.

Beide Papiere können heruntergeladen werden unter:

<http://www.jugendsozialarbeit.de/270> .

Kontakt für Nachfragen: Franziska Schmidt, Referentin für Jugendsozialarbeit, Team 41 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, DRK – Generalsekretariat, Tel.: 030 85404-226, E-Mail: schmidtf@drk.de

Quelle:

Deutscher Caritasverband e.V. Arbeitsbereich Jugendsozialarbeit. Nachrichten Jugendsozialarbeit. 17/2011 vom 3. November 2011
